

Ausgeplündert durch transnationale Investoren



Widerstand unter schwierigen Bedingungen
Tagebuch: Solidaritätsreise nach Griechenland, September 2018

Impressum

Gegen Spardiktate und Nationalismus

7. Solidaritätsreise nach Griechenland

Spendenkonto „Griechenland-Soli“

Manfred Klingele-Pape · IBAN DE81 2005 0550 1211 4789 10 · BIC HASPDEHHXXX

V.i.S.d.P.: Hans Koebrich

Kontakt: griechenlandsoli@riseup.net

Aktuelle Informationen über Griechenland sowie Veranstaltungshinweise

findet ihr unter: <https://griechenlandsoli.com/>

Die Reisen werden gefördert von: 

Inhalt

Erste Begegnungen und Diskussionen	4
Treffen mit Jannis Milios	5
Willkommenstreffen im Hotel	7
Treffen mit Kolleg*innen aus den Gewerkschaften	9
Im Krankenhaus „Askiplieio“ in Voula, Vorort südöstlich von Athen	9
Besuch im Hafen Piräus	11
Die Matrosengewerkschaft PENEN	13
Bei den Gewerkschaftsmitgliedern der Kommunalverwaltung von Vyronas	17
Griechenlands Schulen: Die Talfahrt geht weiter	19
Die Übernahme des Flughafens geht voran	21
NGOs als Vorreiter der Prekarisierung	23
Chefs überflüssig – seit mehr als fünf Jahren in Arbeiterhand	24
Griechische Kooperative »Vio.Me« kämpft weiter um Existenz	24
Bericht aus Deutschland	26
Staatteilversammlungen und Kampf gegen Zwangsversteigerungen von Wohnraum	27
Besuch in Perama	27
Alles begann 2013 ... ein Gespräch mit Aktivist*innen gegen Zwangsversteigerungen	30
Stadtviertel Gyzi: Der Kampf beginnt im Kiez	36
Deutsche Besatzung und antifaschistischer Widerstand	37
Antifaschistische Versammlung der Erinnerung in Tavros	38
Die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung von Thessaloniki	39
Solidarität mit und Selbstorganisation von Geflüchteten	41
Ein Gespräch im City Plaza – dem besten Hotel Europas	41
Besuch im kurdischen Flüchtlingscamp	45
Kampf der Umweltzerstörung	48
Soli-Aktion vor der deutschen Botschaft für den Erhalt des Hambacher Forstes	48
The Struggle of Skouries	48
Besuch bei LAE (Laiki Enotita, dt. Volkseinheit)	50

Erste Begegnungen und Diskussionen

Sonntagabend,
23. September 2018
in Athen

Wir waren noch recht wenige, als wir abends mit unseren griechischen Freunden Alexandra und Jennifer noch was essen gingen. Später kam noch Achim von dem besetzten Hotel City Plaza dazu. Als Achim sagte, die Entwicklung von Syriza habe ihn nicht sonderlich überrascht, entspann sich eine lebhaft politische Diskussion. Er habe sie immer als eine sozialdemokratische Partei eingeschätzt und so habe sie sich letztlich auch verhalten. Dass sich die Syriza-Regierung den Gläubigerinstitutionen (EZB, EU-Kommission, IWF) unterwerfen würde, sei eben normales sozialdemokratisches Verhalten. Das Einzige, was er immer noch nicht recht verstehe, sei die Volksabstimmung im Juli 2015 (das sogenannte Referendum). Warum haben sie die gebraucht?

Alexandra war gleich auf Zinne, als sie das hörte. Sie war bis 2015 in Syriza gewesen, in einer der vielen linken Kleingruppen, die sich in diesem „Bündnis der radikalen Linken“ gesammelt hatten. Sie hatte sich im Sommer 2015 sehr aktiv für das „Nein“ (gegen das dritte Sparprogramm) eingesetzt und war hinterher total geschockt, als Tsipras noch in der Nacht aus dem „Nein“ mit 62% ein „Ja“ machte. Für sie ist das immer noch Verrat und sie kann sich mit der etwas abgeklärten Haltung Achims überhaupt nicht abfinden. Für sie ist die Syriza-Regierung (der rechtsnationale Koalitionspartner ANEL wird in der Diskussion nie erwähnt) nicht nur neoliberal gewendet, sondern die schlimmste griechische Regierung seit dem Ende der Militärdiktatur 1974! Beleg dafür sind für sie, die sich als Wohnungsbesitzerin gegen die Zwangsversteigerungen von Wohnungen engagiert, das neue Gesetz vom letzten Jahr, das nun auch Zwangsversteigerungen des ersten Wohnsitzes legalisiert. Gegen Achims Einwand, das sei auf Druck der Gläubiger erfolgt, meint sie, richtige Griechen beugten sich keinem fremden Druck. Das könne Achim, der hier nicht geboren sei, vielleicht nicht nachvollziehen. Ein weiteres Beispiel für sie ist Lafanzanis, ehemaliger Syriza-Minister, jetzt Vorsitzender der Syriza-Abspaltung LAE (Volkseinheit), der eine Vorladung der Staatsanwaltschaft erhalten habe, weil er die Zwangsversteigerungen behindert habe. Sowas habe es noch nie gegeben. Achims Einwurf, der Justizapparat sei immer noch beherrscht von rechten, konservativen Kräften, lässt sie nicht gelten.

Auch das neue außenpolitische Dreieck Israel-Zypern-Griechenland in bezug auf den Nahen Osten findet sie abscheulich. Früher habe Griechenland immer die Palästinenser unterstützt und unter (sozialdemokratischen) PASOK-Regierungen von Papandreou eine unabhängige Außenpolitik versucht. Heute sei die Regierung am Gängelband von USA und EU.

Andi merkt an, dass sich nach 1990 und dem Zusammenbruch des Ostblocks die internationalen Kräfteverhältnisse geändert hätten und damit der frühere Spielraum verschwunden sei. Das will sie aber auch nicht als Erklärung akzeptieren.

Es ist deutlich zu spüren, wie die „Wende“ oder der „Verrat“ von 2015 immer noch nachwirkt und tiefe Wunden bei vielen hinterlassen hat. Alexandra ist ja nicht die einzige, die so denkt. Sie ist aber weiterhin aktiv und engagiert, während viele resigniert und enttäuscht sich von der Politik abgewandt haben.

Ich meinte, egal wie man zu Syriza stehe, ob man sie als sozialdemokratisch oder nicht auffasse, ihr Bruch aller Versprechen, die sie gemacht hat, im Namen einer „linksradikalen Partei“, sei ein bleibender und lange nachwirkender Schaden, den sie zu verantworten habe.

Manfred

Treffen mit Jannis Milios

Jannis (auch John) Milios, Marxist, Professor für Ökonomie an der TU Athen, hatte in Darmstadt Maschinenbau und in Osnabrück Wirtschaftswissenschaften studiert. So konnte er sich mit uns auf Deutsch unterhalten. Bis April 2015 war er im ZK von Syriza, war deren Chefökonom und galt allgemein als Kandidat für den Posten des Wirtschaftsministers. Dass er es nicht wurde, sondern Varoufakis, war eine politische Richtungsentscheidung. Im April 2015 trat er aus dem ZK und aus Syriza aus. Heute ist er parteipolitisch unabhängig. 1982 begründete er die Zeitschrift „Thesen“, deren Herausgeber er bis heute ist.

Montagsmorgen,
24. September 2018
in Athen

Jannis über die Geschichte von Syriza bis heute

Synaspismos (Koalition der Linken), quasi die Vorläuferpartei von Syriza, entstand aus der eurokommunistischen Abspaltung der kommunistischen Partei Griechenlands nach 1968. Sie entwickelte sich eigentlich kontinuierlich nach rechts Richtung Sozialdemokratie, bis in den 0er Jahren dieses Jahrhunderts sich die globalisierungskritische Bewegung entwickelte (Genua, Seattle). Hier engagierte sie sich im „Europäischen Sozialforum“ zusammen mit anderen linken, ökologischen und feministischen Gruppen. Sie war immer stark pro-europäisch und trat für ein fortschrittliches und sozial gerechtes Europa ein.

Der Vorsitzende von Synaspismos, Alexis Tsipras, vorher Vorsitzender in deren Jugendorganisation, schrieb damals niveauvolle Analysen der Krise, der Eurozone usw. Sein Ansatz war zu der Zeit: mit den Leuten von unten etwas zu entwickeln; für eine Wende in Europa, Umverteilung von oben nach unten, für eine humanistische Krisenlösung.

Als 2010 die damalige griechische Regierung die Zahlungsunfähigkeit erklären musste und das erste drastische Sparprogramm verhängt wurde, entstand eine große Protestbewegung. Sie zeigte sich in massenhaften Platzbesetzungen. Hier waren vor allem junge Menschen aktiv, die basisdemokratische Formen entwickelten und Parteien und Gewerkschaften den Auftritt untersagten als Vertreter des abgehalfterten Regimes. In dieser Bewegung waren sehr viele aus der globalisierungskritischen Bewegung aktiv, darunter viele von Synaspismos. Da die Regierung mit ihrem Latein am Ende war, ließ sie 2012 Wahlen durchführen. Dabei kam das inzwischen formierte „Bündnis der radikalen Linken“, SYRIZA, mit der Hauptkraft Synaspismos auf überraschende 17,8% und war damit zweitstärkste Partei. Bis dahin hatte Synaspismos immer zwischen drei und fünf Prozent gelegen. Da nach den Wahlen kein Regierungsbündnis zustande kam, wurde im Juni nochmal gewählt, jetzt bekam SYRIZA sogar 25%, nur drei Prozent weniger als die konservative Neue Demokratie (ND).

Jannis Milios berichtete, dass ab den Wahlen die Massenmobilisierung auf den Plätzen vorbei war. Es war so, als ob SYRIZA diese Bewegung beerbt hatte, und es war nur eine Frage der Zeit, bis SYRIZA die Regierung übernehmen würde. Tatsächlich boten die „alten Parteien“, ND und PASOK, SYRIZA ein Bündnis an, das diese aber ablehnte. So kam es zu einer Koalition von ND, PASOK und der „Demokratischen Linken“, DIMAR. Doch war dieses Bündnis zum Scheitern verurteilt. Dies wurde spätestens 2014 bei den Europawahlen sichtbar, als DIMAR praktisch verschwand.

Nach den zweiten Wahlen 2012 begann eine Wendung von SYRIZA, die mit dem Rückgang der Massenmobilisierungen parallel verlief. „Alte Krankheiten“ tauchten wieder auf: linker Nationalismus, also das Problem Griechenlands sei eines zwischen Staaten und nicht zwischen Klassen; statt Umverteilung von oben nach unten hieß es jetzt „Wachstum!“, Politik müsse „im Interesse aller Griechen“ einschließlich der Unternehmer gemacht werden. Bei öffentlichen Auftritten von Tsipras wurde das eigentlich fortschrittliche Programm von SYRIZA „pasokisiert“, also sozialdemokratisch.

Innerhalb von Syriza entwickelte sich ein Streit: Lafanzanis, der Sprecher des linken Flügels, plädierte für den Austritt aus der Eurozone und ein „unabhängiges Griechenland“. (Hier machte Jannis Milios einen kleinen historischen Exkurs. Nach der Niederlage im Bürgerkrieg 1944-49 wurden die Kommunisten als Vaterlandsverräter denunziert. In der Folge wurde die kommunistische Partei patriotisch und beschimpfte die Rechten ihrerseits als US-Agenten. Dies wirkt bis heute auf der Linken nach.)

Die von den Gläubigern auferlegte Austeritäts- oder Sparpolitik ist aber nicht einfach eine falsche Politik, wie behauptet wurde, sondern sie ist Klassenpolitik im Interesse des Kapitals.

Als SYRIZA im Januar 2015 an die Regierung kam, hätte sie sofort die Zahlungen an den IWF und die EZB bis zum Abschluss einer neuen Vereinbarung mit den EU-Behörden einstellen und Kapitalkontrollen einführen müssen, um den Abfluss des Kapitals ins Ausland zu unterbinden. Dies erfolgte aber nicht, so dass bis zum Sommer 2015 ca. 44 Milliarden Euro ins Ausland überwiesen oder mit Geldkoffern gebracht wurden und die Banken entkapitalisiert waren. Damit war die griechische Regierung ohne finanziellen Spielraum.

Als Tsipras im Juni 2015 die Volksabstimmung über das dritte Sparprogramm ausrief, wollte er gar nicht gewinnen. Er nahm an, es würde etwa 50:50 ausgehen, so dass er sich als Retter der nationalen Einheit präsentieren konnte. Dass dann 62% mit „Nein“ stimmten, war in seinen Überlegungen nicht vorgesehen. Er hatte nie vor, aus der Eurozone auszutreten. Also musste er das Ergebnis ignorieren und sich trotzdem als Retter präsentieren.

Manfred



Wahlparty von Syriza im September 2015: Auch nach der Annahme des Diktats aus Berlin und Brüssel gelang es der Partei die Wahlen zu gewinnen und mit der rechtspopulistischen Partei ANEL die Regierung zu stellen.

Willkommenstreffen im Hotel

Dienstagabend
25. September 2018
in Athen

Angesichts des Wetters trafen wir uns diesmal nicht auf dem Hoteldach, sondern im Frühstücksraum. Wir waren jetzt ziemlich vollzählig. Von unseren griechischen Freunden waren gekommen Yannis, extra aus Distomo hergekommen; Nikos von der Basisgewerkschaft Buch und Papier; Vassia von der Lehrgewerkschaft und von LAE; Kostas von Vio.Me Athen und seine Freundin Maria, sowie die Journalistin Eurydike. Dabei war natürlich auch Alexandra, die für uns übersetzte und die in einer Initiative gegen Zwangsversteigerungen aktiv ist.

Yannis fing an und erzählte, dass es schon ein Vorwahljahr sei, da nächstes Jahr drei Wahlen anstünden: Kommunalwahlen und Europawahlen, sowie spätestens im September die nationalen Wahlen. Er bedauerte, dass wir dieses Jahr nicht nach Distomo fahren könnten, aber das sollten wir nächstes Jahr nachholen. Da sei er vielleicht Bürgermeister. Wir waren überrascht. Er kandidiere auf einer Liste unabhängiger Linker. Offensichtlich rechnet er sich gute Chancen aus. Er werde vermutlich auch von anderen „echten“ linken Parteien unterstützt, z.B. von ANTARSYA (ein linkskommunistisches Bündnis).

Vassia protestierte sofort; ob das wohl heißen solle, dass ihre Partei, die LAE („Volkseinheit“), eine linke Abspaltung von Syriza, keine linke Partei sei. Yannis meinte darauf, er schildere nur, was die Leute so dächten.

Damit war Spannung im Raum, die auch blieb, als Yannis sich auf den dreistündigen Heimweg machen musste. Ich hatte das Gefühl, dass unsere griechischen Freunde nicht recht mit der Sprache heraus wollten aus Angst, dass es gleich knallen würde.

Auf meine Frage, wie sie denn die aktuelle Lage beurteilen würden und was sie von Tsipras' Aussage hielten, Griechenland sei jetzt wieder frei nach Beendigung der Sparauflagen seitens der Gläubigerinstitutionen, lachten sie alle sarkastisch. Eurydike meinte, die Sparprogramme gingen weiter, da viele gesetzlich verankert seien. Z.B. sei beschlossen, dass im Januar 19 eine neuerliche Rentenkürzung erfolge und die sei katastrophal angesichts der schon erfolgten Kürzungen.

Nikos sagte, der Unterschied zu 2012/13 sei, dass die Menschen die ganze Misere nicht mehr als Schock wie damals erleben würden, sondern sie mittlerweile als Normalität empfinden würden. Und in dieser Situation sei es dann so, dass bestimmte Maßnahmen der Regierung durchaus als positiv erlebt würden. Z.B. das sogenannte Voucher-Programm. Damit würden Menschen für fünf oder für acht Monate einen Job bekommen. Bei denen mit acht Monaten könne man dann hinterher Arbeitslosengeld erhalten. Seine Freundin z.B. mache das. Oder die Verhandlungen mit Mazedonien wegen des Namens. Hier habe die Regierung erreicht, dass ein Land bereit sei, seinen Namen zu ändern (Nordmazedonien). Das habe es seines Wissens noch nie gegeben. Auch die Gesetzgebung, was Lesbisch-Schwule betreffe, sei progressiv.

Das wollten andere überhaupt nicht stehen lassen. Für Alexandra grenzte das Zugeständnis an Mazedonien an Landesverrat, sei nur im Sinne von EU und NATO, die nun Mazedonien aufnehmen könnten. Jemand anders meinte, dieses Voucher-Programm diene nur dazu bisher vernachlässigte Aufgaben der Öffentlichen Hand billig ausführen zu lassen. Diese Jobs seien völlig perspektivlos usw.

Es scheint so zu sein, dass die schiere Ausweglosigkeit der Lage und das Fehlen einer realistischen Perspektive zu einem Gefühl der Ratlosigkeit und einer verständlichen Frustration führt.

Nachdem wir das Treffen dann beendet hatten, unterhielten wir uns noch mit Eurydike. Sie wollte noch etwas loswerden, was sie in der großen Runde nicht hatte sagen können. Ihrer Einschätzung nach sei die anstehende Rentenkürzung ein wichtiger Knackpunkt. Die Syriza-Regierung verbreite jetzt allenthalben, dass es einen Aufschwung gebe, dass Geld

in der Kasse sei und dass sie deshalb in der Rentenfrage Spielraum habe. Sie glaube, dass, wenn im Januar die Rentenkürzungen kämen, die Leute wütend und zornig würden. Sie glaubten jetzt, dass das Schlimmste vorbei sei. Wenn aber trotzdem dieser Schlag komme, würden sie das nicht hinnehmen. Deshalb würde Syriza auf jeden Fall versuchen, den Gläubigerinstitutionen eine Verschiebung abzutrotzen. Und zwar bis zu den Wahlen. Danach würde dann die Kürzung kommen, da jene eine Aufhebung der Kürzung nicht akzeptieren würden. Und wenn die Regierung noch nicht einmal eine Verschiebung genehmigt bekomme, dann würde eben schon im Dezember gewählt.

Düstere Aussichten.

Manfred



Unsere „Absteige“ und Treffpunkt in Athen: Das Hotel Exarchion



Treffen mit Kolleg*innen aus den Gewerkschaften

Im Krankenhaus „Askiplieio“ in Voula, Vorort südöstlich von Athen

Es ist ein sonniger, kühler Herbsttag; wir treffen uns mit der Ärztin Despina und dem Psychiatriepfleger Dimitris im Gewerkschaftsbüro im Krankenhaus von Voula, einem Vorort an der Küste südöstlich von Athen. Despina ist Vorsitzende des betrieblichen Gewerkschaftsrats des Krankenhauses. Sie berichten uns von den Arbeitsbedingungen dort und von der Arbeit des Gewerkschaftsrats.

Das Krankenhaus von Voula versorgt etwa 1,5 Mio Einwohner. 1040 Ärzt*innen, Krankenpfleger*innen usw. sind hier beschäftigt, davon 400 mit Fristverträgen von 12 oder 24 Monaten. Dazu kommen externe Arbeitskräfte in den Bereichen Küche, Reinigung und Wache.

Das größte Problem in Bezug auf die Arbeitsbedingungen ist die Nichtbesetzung freier werdender Stellen. Zur Zeit sind das ca. 350 gegenüber dem Personalstand von 2012. Landesweit fehlen auf diese Weise ca. 30.000 Pfleger*innen von ursprünglich 80.000 und etwa 6000 bis 7000 Ärzt*innen. Etwa 11.000 Ärzt*innen haben seit den Sparauflagen der Troika Griechenland verlassen. Die Folge für die Kranken ist, dass Qualitätsstandards der ärztlichen und pflegerischen Versorgung nicht mehr eingehalten werden. Für die Beschäftigten steigt der Druck während der Arbeit, Pausenzeiten werden nicht eingehalten und Urlaubstage werden mit Rücksicht auf die Versorgung nicht genommen; seit 2017 bis heute sind das 6000 Urlaubstage bei den Ärzt*innen dieses Krankenhauses! Die Beschäftigten arbeiten an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit; der Burnout wird sich in den kommenden Jahren erst noch zeigen. Die Regierung Tsipras hat nun versprochen, ab 2019 frei werdende Stellen wieder zu besetzen.

Ein anderes Problem, mit dem der Gewerkschaftsrat zu kämpfen hat, sind die Arbeitsverträge der befristet Beschäftigten. Viele kommen über das Arbeitsamt, andere werden direkt vom Krankenhaus angestellt; auch Scheinselbständige gibt es.

Bei dem Geldmangel allerorten verwundert eine 10-Mio-€-Spende seitens der Reedereien Onassis und Niarchos, mit der der OP-Trakt und die Notaufnahme saniert werden. Dies wurde ohne eine vorangegangene Bedarfserhebung für die südlichen Stadtbezirke in die Wege geleitet. Man muss es wohl im Zusammenhang mit den geplanten Wohnungen für Wohlhabende in der engeren Umgebung an der Küste sehen. Möglicherweise handelt es sich auch gar nicht, wie behauptet, um eine Spende, sondern um eine Investition; das hieße, dass sich ein Investor in das Krankenhaus eingekauft hätte. Fragen des Gewerkschaftsrats hierzu beantwortet das Ministerium nicht.

Dienstagmorgen
25. September 2018
in Athen

Treffen mit Kolleg*innen aus den Gewerkschaften

Das Krankenhausgelände wird übrigens für jährlich neun Mio € vom Eigentümer, dem griechischen Roten Kreuz, gemietet.

Unser Interesse galt den griechischen Gewerkschaften, ihrer Struktur und ihrer Tätigkeit. Hierzu siehe auch den Bericht vom Besuch bei der Gewerkschaft der griechischen Matrosen in Piräus. Die griechischen Gewerkschaften sind nach Branchen und Berufen stark gegliedert, Dachverbände fassen sie jeweils zusammen. Jene erheben einen Mitgliedsbeitrag, der recht gering ausfällt, weil die Gewerkschaften im Streikfall keine Unterstützung zahlen.

Die sog. Basisgewerkschaften sind dagegen betriebliche Einrichtungen, die eher unseren Betriebsräten entsprechen. Alle Beschäftigten dürfen sich in regelmäßigem Turnus an der Wahl des betrieblichen Gewerkschaftsrats beteiligen, hier im Krankenhaus von Voula ist das ein 11-köpfiges Gremium. Zur Wahl stehen Listen, die offenbar nicht von der Gewerkschaft organisiert werden, sondern eher Parteien nahestehen: der konservativen, der sozialdemokratischen oder der kommunistischen Partei; in Voula jedoch hat die Liste der sich Antikapitalistische Linke nennenden Gruppierung die meisten Sitze (6) im Gewerkschaftsrat gewonnen. Die Wahlbeteiligung beträgt dort 60% mit leicht sinkender Tendenz. Die Vorsitzende des Gewerkschaftsrats bekommt vom staatlichen Arbeitgeber monatlich fünf bezahlte Arbeitstage für die Erledigung ihrer Aufgaben. In der Privatwirtschaft gibt es zwar auch das Recht auf Freistellung, jedoch ohne Bezahlung.

Hans-Jürgen



Despina, die Vorsitzende des Gewerkschaftsrates

Das renovierungsbedürftige Gebäude dient als Apotheke des Krankenhauses



Der Fährhafen von Piräus, ein lukrativer Standort für ausländische Investoren wie die chinesische „Cosco“

Besuch im Hafen Piräus

Ein Besuch im Hafen Piräus hat Tradition, insbesondere weil Griechenland bereits Erfahrungen mit chinesischen Firmen, vornehmlich Reedereien gemacht hat, die vermehrt versuchen, auch in deutschen Häfen Fuß zu fassen und ihren Einfluss im Rahmen des Projekts „Neue Seidenstraße“ zu festigen. Dieses Jahr sind wir nur zum zweiten Mal zu Besuch, da der größere Teil unserer Gruppe zum Krankenhaus in Voula gefahren ist.

Auf unsere Frage, was sich im vergangenen Jahr verändert hat, kommt als erste Antwort, dass ein neuer chinesischer Manager in Piräus eingesetzt wurde, der vorher in der Europazentrale von Cosco (chinesische Staatsreederei) in Hamburg gearbeitet hat. Ihm sollen noch zwei weitere Manager aus Hamburg folgen, alle gehören dem mittleren Management an. Auffällig sind die guten Manieren, die inzwischen an den Tag gelegt werden. Die Tatsache, dass die neuen Cosco-Manager nicht mehr direkt aus China kommen, und die in Hamburg gesammelten Erfahrungen scheinen zumindest einen Wandel in den Umgangsformen herbeizuführen.

Wir gehen auf die aktuelle Situation im Hamburger Hafen ein. Dort steht eine große Fläche zur Verfügung (Steinwerder), die für Investoren von großem Interesse ist. 2017 gab es einen Ideenwettbewerb der Stadt, der an der Hamburger Hafenwirtschaft vorbeigegangen ist. Als Preisträger wurde ein Zusammenschluss aus Cosco und Ali Baba (dem chinesischen Amazon) ausgelobt, was zu erheblicher Unruhe bei den Hafenfirmen und insbesondere auch bei den Betriebsräten geführt hat. Der Entwurf sieht ein Containerterminal vor, das unter chinesischer Leitung stehen soll.

Nach einem Jahr des Schweigens ist noch immer nicht bekannt, was mit der Fläche geschehen soll. Da wir wissen, dass Cosco inzwischen auch Terminals in den Häfen Bilbao, Valencia und Zeebrügge hat, liegt die Vermutung nahe, dass die Chinesen ihren Einfluss im Norden Europas festigen wollen. Es geht der Slogan „one berth, one road“ (ein Container, eine Straße) um, was bedeuten soll, dass ein Transport von Tür zu Tür aus einer Hand angeboten wird.

Cosco holt für die Entwicklungsarbeiten im Hafen Piräus fast ausschließlich neue Arbeitnehmer aus Serbien/Montenegro, die noch weniger verdienen als ihre griechischen

Dienstagmorgen
25. September 2018
in Athen

Kollegen. Es ist schwierig, mit den ebenfalls in Piräus angestellten chinesischen Arbeitern solidarische Strukturen aufzubauen, weil diese das Doppelte verdienen wie in China und die Garantie haben, dass das Gehalt sicher und pünktlich gezahlt wird. Hinzu kommen die Verständigungsprobleme.

Das chinesische Management, das zuvor noch nie einen Hafen betreut oder verwaltet hat, lernt, versucht sich mit den Aufgaben und Herausforderungen vertraut zu machen, was allerdings enorm viel Zeit in Anspruch nimmt. Anastasia und Giorgos schildern ihr Gefühl, was sie dabei haben, wenn sie die Chinesen schulen und deren Wissen aufbauen.

Die Angestellten und Techniker*innen haben neue Tarifverträge erhalten; die Verträge der Hafentarbeiter sind ausgelaufen, werden aber noch immer angewendet. Entscheidende Fragestellungen werden nach wie vor durch die chinesische Botschaft in Athen beantwortet; außerdem werden Entscheidungen auch durch die chinesische Konzernspitze bzw. die chinesische Regierung getroffen, was erheblich viel Zeit in Anspruch nimmt.

Giorgos berichtet, dass Cosco den Betriebsräten für die Hafentarbeiter ein neues Beschäftigungsmodell vorgestellt hat. Es soll ein monatlicher Schichtplan gelten, der Arbeitszeiten von Montag bis Freitag vorsieht. Arbeiten am Wochenende sollen „auf freiwilliger Basis“ erfolgen und mit einem Aufschlag von 50% an Sonnabenden und 75% an Sonntagen vergütet werden.

Die Gehaltskürzungen im Öffentlichen Dienst, die durch die Auflagen der Troika vorgenommen wurden (30-35% monatliche Gehaltseinbuße), bestehen noch immer und es wird nicht über eine Rücknahme gesprochen. Seit Anfang 2018 haben keine weiteren Kürzungen mehr stattgefunden. Die Gewerkschaft will jetzt eine Gehaltserhöhung von 4% plus einen Zuschlag von 25% für Überstunden an Wochenenden sowie einen neuen Schichtplan incl. Wochenendarbeitszeiten verhandeln.

Das stößt zurzeit auf wenig Gehör bei Cosco, weil das Unternehmen getreu dem kapitalistischen Ansatz seine Produktivität steigern und überall dort sparen möchte, wo es irgendwo möglich ist. Auch oder insbesondere bei den Lohnkosten. Die Mitbestimmung wird in Frage gestellt, das Unternehmen meint, dass Entscheidungen einzig durch den CEO (Chief Executive Officer) getroffen werden sollen. Da Schiffsanläufe häufig außer Plan erfolgen, möchte Cosco „flexible Arbeitsbedingungen“ vorschreiben.

Giorgos glaubt, dass es nach wie vor keinen Tarifvertrag für die Hafentarbeiter gibt, weil diese gut gegen „freie Kräfte auf dem Markt“, gern Leiharbeiter, ausgetauscht werden können. Das scheint auch der Grund zu sein, weshalb keine Neueinstellungen vorgenommen werden. Die bisherige Stammbesetzung hat einen hohen Altersdurchschnitt, der zwischen 45 und 50 Jahren liegt. Allein in den kommenden zwei bis drei Jahren werden viele Beschäftigte in Rente gehen, ihre Verträge laufen damit aus.

Aktuell sind noch 230 Hafentarbeiter beschäftigt, viel zu wenige, um die Schichtpläne mit ausreichend Personal zu bestücken. Daher müssen die Arbeiter auch an ihren eigentlich freien Tagen arbeiten und auch sonst Überstunden leisten. Schichten können nicht in ausreichender Stärke besetzt werden. Deshalb bleiben Schiffe häufig auf See liegen, bis wieder ein Regelbetrieb zum Löschen der Ladung besteht.

Die Diskussionen verlaufen schwierig, weil die chinesischen Manager kein Interesse an den realen Bedingungen aufbringen. Sie bekommen auch von der griechischen Regierung nur die angenehmen, die „easy facts“ präsentiert. Allerdings üben sie Kontrolle über die Beschäftigten aus. So hat sich Cosco Daten über seine Beschäftigten beschafft, die über ein normales Arbeitgeberinteresse hinausgehen. Dazu gehören Informationen zum Familienstand, zur Anzahl der Kinder, die Frage nach Firmenloyalität, Gewerkschaftszugehörigkeit, an wie vielen Tagen sich der Arbeitnehmer im Streik befand, die Höhe der krankheitsbedingten Ausfalltage sowie Angaben zu politischen Interessen und Parteizugehörigkeit.

Fragen des Datenschutzes wurden dabei außer Acht gelassen, wobei aber auch kritisch zu bemerken ist, dass insbesondere jüngere Arbeitnehmer kein Problem damit hatten, ihre persönlichen Daten preiszugeben. Es herrscht große Angst davor, den Arbeitsplatz zu verlieren, aber wenig Bereitschaft gegen die schlechten Bedingungen zu kämpfen. Nach Bekanntwerden der Datenabfrage hat Anastasia sich persönlich mit einer Beschwerde an das griechische Arbeitsministerium gewandt; zwei Tage später folgte eine Entschuldigung seitens Cosco. Allerdings existieren die erhobenen Daten weiterhin.

Wir hatten gehört, dass es im Frühjahr einen Streik der Hafenarbeiter gegeben habe. Das wird uns bestätigt. Der Streik für neue Tarifverträge fand Ende Mai statt. Teilgenommen haben auch Arbeiter einer kleinen, PAME nahe stehenden Gewerkschaft, mit der es leider nicht möglich war, Absprachen zu treffen und gemeinsame Aktionen durchzuführen. Cosco hat die Forderungen zur Kenntnis genommen und nach China weitergeleitet. Den Gewerkschaften wurde zugesagt, bald eine Antwort auf ihre tariflichen Forderungen zu erhalten. Das war im Mai, vor knapp vier Monaten, und bisher lautet die einzige Rückmeldung, dass die Tarifforderungen doch realistischer sein mögen.

Durch die Tatsache, dass sich zwischenzeitlich auch eine „gelbe Gewerkschaft“ mit einer nicht geringen Mitgliederzahl gebildet hat, gibt es jetzt einen Streit/Kampf zwischen den Gewerkschaften, der von Seiten der Arbeitgeber genutzt und interessiert beobachtet wird. Die Folge sind verschärfte Arbeitsbedingungen.

Anastasia und Giorgos erklären, dass sie noch keine Antwort darauf haben, wie sie mit der Situation umgehen sollen.

Doris



Anastasia,
Vorsitzende der
Gewerkschaft der
Hafenverwaltung,
und Giorgos,
Vorsitzender der
Dockarbeiter-
gewerkschaft

Die Matrosengewerkschaft PENEN Eine kämpferische Abteilung der griechischen Seefahrt

Giorgos, der Vorsitzende von PENEN, der Matrosengewerkschaft in der Handelsflotte Griechenlands, begrüßt uns und gibt eine umfangreiche Übersicht über die Geschichte seiner Gewerkschaft. Außer ihm sind noch 13 GewerkschaftskollegInnen anwesend.

Mittwochmorgen
26. September 2018
in Athen

Geschichte

Im Jahr 1902 waren es die Heizer auf den Schiffen, die sich zur Durchsetzung ihrer Interessen zusammenschlossen. 1905 gab es die erste landesweite Versammlung aller Beschäftigten der Handelsflotte. Das Ziel war die Durchsetzung eines Tarifvertrages und elementarer Rechte sowie die Verbesserung der primitiven und harten Lebensbedingungen auf den Schiffen.



*Diskussionsrunde mit Kolleg*innen von PENEN*

1920 wurde ein Dachverband aller Berufsgruppen auf den Schiffen gegründet. 1923 gab es einen großen Streik der Matrosen, dem sich auch die Beschäftigten im Hafen angeschlossen. Ganz Piräus trat in den Streik. Auslöser der Unruhen waren Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln. Für Griechenland war das ein dramatisches Ereignis. Polizei und Militär wurden gegen den Streik eingesetzt. Es gab elf Tote, 100 Schwerverletzte. Über 700 Streikende wurden verhaftet. Diese Erfahrung machte deutlich, dass es einen Gegensatz der Interessen unterschiedlicher Klassen gibt und führte zur Entwicklung von Klassenbewusstsein. Letztlich konnte die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung durchgesetzt werden.

In der Folge überwog bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges die Sozialpartnerschaft, die Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den Reedern und mit der Regierung. Die Reeder waren jedoch die eindeutigen Gewinner dieser Zusammenarbeit. Sie vergrößerten ihre Flotte und ihren Einfluss.

Nach der Besetzung Griechenlands durch Nazideutschland unterstützte die Matrosengewerkschaft den antifaschistischen Widerstand. Es bildeten sich Gruppen, die auch radikalere Positionen vertraten. Die Devise war, Transporte nur für den Widerstand und für die Alliierten zu unterstützen. Die Reeder machten mit, weil sie hohe Preise von den Alliierten verlangen konnten. Um den großen Bedarf an Transportkapazitäten zu decken, stellten die US-Amerikaner Liberty-Schiffe zur Verfügung. Das waren schnell gebaute Schiffe von niedriger Qualität. Nach dem Krieg wurden den griechischen Reedern ihre Verluste durch neue, hochwertige Schiffe ersetzt. So konnten sie ihre Flotte modernisieren und gingen gestärkt aus dem 2. Weltkrieg hervor.

Die konservativen Regierungen, die nach dem Bürgerkrieg an der Macht waren, begünstigten die Reeder mit Steuergeschenken*. Bis 1976 gab es insgesamt 70 Vergünstigungen per Gesetz.

(Ergänzung: Schon 1957 führte Griechenland die Tonnagesteuer ein, bei der pauschal eine geringe Steuer nach dem Gewicht der Güter erhoben wird. Die wahren Gewinne werden nicht ermittelt und sind für die Steuer unerheblich. Zusätzlich wurde dann in der Zeit der griechischen Militärdiktatur 1967 diese Regelung zur Absicherung in der Verfassung festgeschrieben. Seit dieser Zeit zahlen die griechischen Reeder kaum Steuern auf ihre teilweise sehr hohen Gewinne, eine Basis für den Aufstieg zahlreicher Milliardäre aus diesem Sektor. Eine aktuelle Studie von VesselsValue.com – <http://www.cnb.com/id/102813915> - beziffert den aktuellen Wert der griechischen Reedereiflotte auf 106 Milliarden \$.

Doch eine von vielen Seiten geforderte Besteuerung dieser Gewinne ist nur schwer umsetzbar. Denn mittlerweile haben die meisten Staaten ihre Steuern und Gesetze auf das niedrige griechische Niveau herabgesetzt, um die heimischen Reeder zu fördern. Übrigens auch in Deutschland, wo die rot-grüne Regierung 1999 die Tonnage-Steuer einführte. Auch hier zahlen die Reeder nicht mehr Steuern als in Griechenland, ja, sie dürfen sogar die Lohnsteuer der Schiffsbesatzung einbehalten!)

Die Besatzungen der Schiffe profitierten davon allerdings nicht. Die Gewerkschaften waren in dieser Zeit eher Bittsteller als kämpferisch. Im Durchschnitt verdienten griechische Matrosen 40 % weniger als ihre Kolleg*innen in Dänemark, Norwegen oder Deutschland.

Währenddessen wuchs die griechische Handelsflotte um 750 Schiffe und wurde mit 2500 Schiffen weltweit die Nummer Eins. Bis heute hat sich an der Privilegierung der Reeder nichts geändert.

Im und nach dem Bürgerkrieg wurden die Seeleute, die im Widerstand aktiv waren, verfolgt. Viele mussten ins Exil. Es gab schwarze Listen und viele verloren ihre Jobs. Der Verband verlor viele Mitglieder.

Während der Militärdiktatur wurden die Gewerkschaften unter Staatsaufsicht gestellt und es wurden Zwangsvorstände eingesetzt. Bis 1982 kämpften sie hauptsächlich für die Wiederherstellung der Demokratie.

1981 kam in Griechenland die sozialdemokratische PASOK an die Regierung und verbesserte die Bedingungen für die Gewerkschaften. Die Handelsmarine hatte jedoch eine Sonderstellung und bis heute gelten Sonderbedingungen für sie. Nur wenige Gruppen, die Ingenieure, Maschinisten, Elektriker und Funker, konnten ihre demokratischen Rechte durchsetzen. Die anderen haben immer noch Satzungen aus der Vorkriegszeit oder aus der Diktatur.

Aktuelle Situation

Seit den 1980er Jahren haben vor allem drei Maßnahmen die Gewinne der Reeder enorm gesteigert:

1. Das Anheuern von internationalen Besatzungen z.B. aus Pakistan, den Philippinen und Ägypten zu den Löhnen ihres Heimatlandes.
2. Die Verringerung der Besatzungen auf den Schiffen.
3. Die Reeder zahlen geringere Sozialabgaben als andere Branchen.

Heute bestehen die Besatzungen der Schiffe zu 80% aus Menschen aus Niedriglohnländern in Afrika oder Asien. Dort werden sie von Agenturen eingestellt, die ihnen die einheimischen Löhne bezahlen und an die Reeder vermitteln. Weil sie formell nicht bei dem Reeder angestellt sind, ist die Matrosengewerkschaft formal nicht zuständig.

Mir drängt sich die Frage auf, ob die Mindeststandards, die die ITF (International Transportworkers Federation) auf den Schiffen durchzusetzen versucht, an der Situation etwas ändern würde.

Die PENEN ist über ihren Dachverband PNO an die ITF angeschlossen. Sie hat Schwierigkeiten, Kontakt zu Besatzungen aus anderen Ländern zu bekommen, die nach Ländertarifen bezahlt werden. Die Regierung hat den Vorschlag gemacht, diese Mindeststandards der ITF plus 10% für alle gesetzlich festzuschreiben. Die Begeisterung für diesen Vorschlag hält sich jedoch bei PENEN in Grenzen, weil sie befürchtet, dass damit ihre im Vergleich mit anderen Branchen noch relativ hohen Tariflöhne ausgehebelt werden könnten. Das käme einem Lohnverlust von 50% gleich.

Die ITF führt periodisch Kontrollen auf Schiffen durch. Wenn die Mindeststandards nicht eingehalten werden, kann sie veranlassen, dass die Schiffe im Hafen nicht gelöscht werden. Später erfahre ich, dass diese Kontrollen vorher angekündigt werden und oft nur symbolischen Charakter haben und dass es genug Möglichkeiten gibt diese Kontrollen zu

unterlaufen. (Ergänzung: Von 2002 -2013 machten die Reeder 140 Mrd. Gewinn bei null Besteuerung. Sie kauften 865 neue Schiffe im Wert von 50 Mrd. US\$. Der gesamte Wert der Flotte beträgt 99,82 Mrd. \$. <https://griechenlandsoli.com/2018/10/03/fuer-die-reeder-hummer-fuer-matrosen-kummer/>)

Bei der PENEN ist die Stimmung deutlich weniger euphorisch: „Die Topplatzierung für griechische Schiffe beleuchtet nur den Widerspruch, dass wir das Land mit der größten Handelsflotte sind und zugleich eine Arbeitslosenquote von 70 Prozent haben.“ Ähnlich wie in Deutschland flaggen griechische Reeder ihre Schiffe zunehmend aus, melden sie also in Ländern mit geringeren Steuern und Arbeitskosten an. 2010 wurden nur noch 28 Prozent der Fracht auf Schiffen unter griechischer Flagge transportiert. Anfang der neunziger Jahre waren es noch 83 Prozent.

Auf den ausgeflaggten Schiffen kommt meist ein Großteil der Crew aus Billiglohnländern. Und selbst Schiffe unter griechischer Flagge haben nur eine begrenzte Verpflichtung, griechische Seeleute zu beschäftigen: Auf den größten Tankern müssen gerade einmal vier von 25 Matrosen Griechen sein.

Streik

Mitte September streikten die Seeleute auf den Fährschiffen. Die Situation war günstig, da zum Ende der Ferienzeit viele Urlauber von den Inseln zurückkehrten. Es ging nicht nur um Lohnerhöhungen, sondern auch um Fragen des Manteltarifvertrages. Der Streik dauerte zwei mal je 48 Stunden. Der Abschluss wurde von der Matrosengewerkschaft als zu niedrig kritisiert. Im Verband aber wurden sie überstimmt. (Leider konnten wir zu diesem Punkt nicht nachfragen.)

Bei den Gewerkschaften der Seeleute gibt es drei Strömungen:

- Die arbeitgebernahe, die mit den Reedern zusammenarbeitet;
- dann gibt es die PAME, die unter dem Einfluss der kommunistischen Partei (KKE) steht;
- und eine unabhängige, klassenbewusste antikapitalistische Strömung (Das ist im wesentlichen die Matrosengewerkschaft, die PENEN.)

In den letzten acht Jahren, in der Zeit der Memoranden, gab es ca. 100 Streiks. Allerdings übte die gewerkschaftsfeindliche Gesetzgebung erheblichen Druck aus.

Antifaschismus

Auf die Fragen zur Haltung der Gewerkschaften gegenüber der faschistischen Partei Chrysi Avgi nannte unser Gesprächspartner die Positionen der drei Strömungen zum antifaschistischen Kampf:

- Erstens die Haltung von Parteien wie Syriza oder Pasok: Sie sagen, das sei keine gewerkschaftliche Aufgabe, sondern die von politischen Parteien und der Massenbewegung.
- Zweitens die PAME: Der antifaschistische Kampf sei nichts Eigenständiges, sondern Teil des generellen Klassenkampfes. Praktisch beteiligen sie sich nicht an antifaschistischen Aktionen, da sie die „einzigen echten Antifaschisten“ seien.
- Für PENEN ist die faschistische Gefahr sehr groß. Griechenland ist ein Hauptankunftsland für Geflüchtete. Die damit verbundenen Schwierigkeiten für die Griech*innen werden von den Faschisten für ihre rassistische Hetze genutzt. Chrysi Avgi setzte von Anfang an auf Terror und Gewalt. Notwendig sind Bündnisse mit allen gesellschaftlichen Kräften, die sich den Faschisten in den Weg stellen. Die Gewerkschaft fordert die Schließung aller Büros der „Goldenen Morgenröte“ und die Bestrafung der Gewalttaten (z.B. die Ermordung des Sängers Pavlos Fissas) durch Gerichte.

Hans



Betriebshof der Müllabfuhr in der Kommune Vyronas

Bei den Gewerkschaftsmitgliedern der Kommunalverwaltung von Vyronas

Bei Wind und Regen erreichen wir den Betriebshof der kommunalen Stadtreinigung von Vyronas, einer Vorstadt von Athen mit 120.000 Einwohner*innen (Wikipedia: 60.000). In der Kantine von der Größe eines großen Klassenzimmers erwarten uns bereits 20 Gewerkschafter*innen; wie sollen wir da noch hineinpassen? Aber alles ruckelt sich zurecht, man kommt sich näher. Der Gewerkschaftsvorsitzende verweist auf das schwierige Verhältnis der Griech*innen zu Deutschland und begrüßt uns deshalb besonders herzlich. Dies bekräftigt später auch noch der stellvertretende Bürgermeister: Griechenland befinde sich zz. in einer Übergangsphase raus aus dem Programm der Troika, er hoffe, dass sich beide Völker z.Zt. wieder einander näherkommen. Es habe in Deutschland schon immer Freunde Griechenlands gegeben.

Die Gemeinde Vyronas hat gegenwärtig 514 kommunale Beschäftigte, das sind infolge des Einstellungsstopps auf Grund der Memoranden der Troika 30% weniger als früher (ca. 700). 30 % von ihnen sind befristet beschäftigt, in den Kindertagesstätten beträgt dieser Anteil sogar 50 %. Ein Kfz-Mechaniker aus dem Fuhrpark der Gemeinde berichtet von einer Zunahme der Arbeitsunfälle aufgrund des hohen Arbeitsstresses. Das Budget der Kommune wurde um sage und schreibe 60 % gekürzt, die Beschäftigten erlitten eine Einkommenseinbuße von 40 %. Wer heute in der Reinigung/Müllabfuhr neu eingestellt würde, bekäme monatlich 960 € brutto, nach 30 Jahren Tätigkeit 1200 €.

Ein Kollege berichtet von über 1000 Familien, die die öffentliche Suppenküche besuchen und von der Kommune Einkaufsgutscheine erhalten. Eine Zunahme von Gewalt sei zu beobachten, sowohl in der Öffentlichkeit als auch innerhalb der Familien, sowie andererseits auch Depression als Ausdruck der Hoffnungslosigkeit.

Die Gewerkschaft hier hat immer gegen die Umsetzung der Memoranden gekämpft; jetzt sind viele hier enttäuscht von der Politik der Syriza-Regierung und befinden sich in einem Zustand wie einer Hypnose.

An diesen Vortrag des Gewerkschaftsvorsitzenden schließt sich eine lebhafteste Diskussion zwischen den Gastgebern und uns Gästen an. Eine griechische Kollegin fragt nach den

Donnerstagmorgen
27. September 2018
in Athen

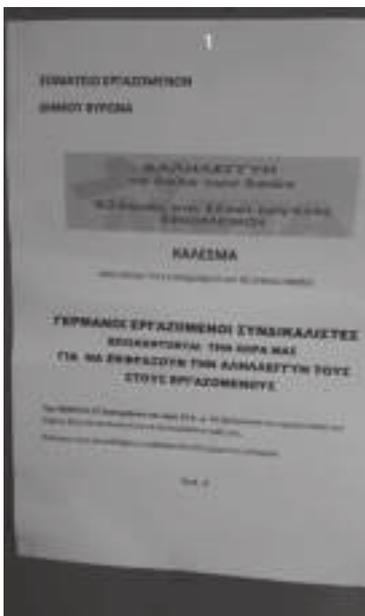
Treffen mit Kolleg*innen aus den Gewerkschaften

Aufgaben deutscher Kommunen im Sozialbereich. Eine andere fragt, ob wir in Deutschland wirklich so viel verdienen, wie man sich hier erzählt. Andere Fragen betreffen die Rechtsentwicklung in Deutschland, den Umfang der Schwarzarbeit und die Kinderbetreuung berufstätiger Eltern.

Wir erfahren etwas über die hiesige Gewerkschaft: Es gibt hier nur eine Gewerkschaft der kommunalen Beschäftigten, 98% von ihnen sind Mitglied. Alle zwei Jahre werden neun ehrenamtlich arbeitende Vertreter*innen in den Gewerkschaftsrat gewählt, einem Gremium, das in seiner Konstruktion und seinen Kompetenzen unseren Betriebsräten ähnelt.

Die Gemeinde Vyronas wurde 1923 gegründet: Damals kamen viele Flüchtlinge aus Kleinasien hierher und mussten dauerhaft untergebracht werden. Zum Abschied bekamen wir ein dickes Buch „90 Jahre Vyronas“ zur Erinnerung überreicht – eine schöne Erinnerung an einen herzlichen Empfang.

Hans-Jürgen



*Einladung zum Treffen in der kleinen Cafeteria der Müllabfuhr (links). Der kleine Raum war völlig überfüllt. Neben den Gewerkschaftsvertreter*innen hatten sich auch zahlreiche Kolleg*innen des Betriebshofes eingefunden.*



Die Werkstatt des Betriebshofes

Griechenlands Schulen: Die Talfahrt geht weiter

Montagsmorgen
1. Oktober 2018
in Athen

Am 01.10.2018 hatten Gerhard, Hans-Jürgen und Robert ein Gespräch mit Nikos Kaligiros, früherer Lehrer und Grundschulleiter, heute hauptamtlich tätig für ADEDY, den Dachverband der Öffentlichen-Dienst-Gewerkschaften. Als erstes fragten wir nach dem Verhältnis der Gewerkschaften zu einer Regierung der „radikalen Linken“. Nikos betonte, dass die Gewerkschaften natürlich sähen, dass die Regierung sich in einer Zwangslage befinde. Aber erstens hat sich Syriza durch den Umfaller nach dem „Nein“ des Volkes zu den Memoranden selbst in diese Lage manövriert und zweitens greift die Regierung zu Maßnahmen, die nicht allein dem europäischen Druck geschuldet seien, sondern dem politischen Willen der verschiedenen Regierungsmitglieder entsprächen. In Bezug auf die Schulen ging Nikos auf einige aktuelle Beispiele ein.

Unterrichtsbeginn ab 9 Uhr?

Die „Griechenland Zeitung“ (GZ) schreibt am 19.09.2018: „Bildungsminister will Schulbeginn auf 9 Uhr verlegen“. Sie zitiert Minister Gavroglou: „...damit wir morgens länger schlafen können“. Die GZ mutmaßt, dass hinter dem Vorstoß auch ganz andere Erwägungen stehen könnten. Das zeigten „die Erfahrungen mit der Verlegung des Unterrichtsschlusses in den Grundschulen durch Gavroglous Amtsvorgänger Nikos Filis um eine Stunde auf 13.15 Uhr. Nach Auffassung von Lehrern und Gewerkschaftern hatte die Maßnahme im vorletzten Schuljahr vor allem den Sinn, Personallücken ohne Neueinstellungen und Überstunden zu schließen.“ Eltern, die zum späteren Unterrichtsbeginn befragt wurden, finden die Idee des entspannteren morgendlichen Beginns nicht schlecht. Der Minister hat anscheinend einen Nerv bei ihnen getroffen.

Dem will Nikos zwar nicht widersprechen, aber er macht noch eine andere Rechnung auf: Die Frühbetreuung der Schulen, heute ab 7.00 Uhr, nutzen nur wenige Eltern, Nikos schätzt vier von 25 einer Klasse. Würde der Unterrichtsbeginn um eine Stunde verschoben, ergebe sich ein Einsparpotential, weil dann bis 9.00 Uhr wenige Lehrer*innen oder Erzieher*innen viele Lehrer*innen ersetzen. Die morgens wegfallenden Unterrichtsstunden würden im Gedankenspiel des Ministers zwar nach hinten geschoben, so dass nominell nicht am Unterrichtsangebot gespart wird. Man muss aber wissen, so Nikos, dass nach 13.15 Uhr oft der Unterricht ausfällt (z. B. wg. Hitze) und dann nur noch Betreuung durch Schulhelfer*innen und Erzieher*innen angeboten wird. Also fallen eben doch Lehrer*innenstunden weg. Diese werden dann mit den Pflichtstunden verrechnet. Ob hier notdürftig verpackter Gehorsam gegenüber europäischen Einsparvorgaben oder echtes Mitgefühl für Eltern und Schüler*innen der Ursprung des Gedanken war, sei dahin gestellt.

Griechische Schüler*innen verlieren den Anschluss, Lehrer*innen ebenfalls

Griechische Grundschüler*innen haben laut OECD im Schnitt 757 Pflichtstunden im Jahr gegenüber dem Durchschnitt der 36 OECD-Länder von 793, die Mittelschüler*innen 791 gegenüber 910 (vgl. GZ vom 19.09.18). In den Schulen wurde seit 2012 niemand mehr fest eingestellt. Jedes Jahr werden Tausende Kolleg*innen zu Beginn des Schuljahres, oft genug auch mit Verzögerung, befristet eingestellt. Im Schuljahr 2017/18 waren es 24 000, die am Ende des Schuljahres im Juni entlassen wurden und dann Arbeitslosengeld von 380 € bezogen. Ob sie nach den Ferien wieder eingestellt werden, ist fraglich, weil die öffentlichen Arbeitgeber mehr und mehr dazu übergehen, nach dem Prinzip zu verfahren, wer länger arbeitslos ist, muss Vorrang haben. Es ist zu befürchten, dass demnächst auch das

Bildungsministerium so verfahren wird. Nach ca. neun Monaten ist man dann also den Job wieder los. Aus der Praxis weiß eigentlich jede/r, dass eine derartige Fluktuation weder den Kindern noch der Schule nützt. Fristbeschäftigte im Öffentlichen Dienst verdienen je nach Ausbildung zwischen 780 € und 1037 €, alles brutto, höhere Steuern als früher und Sozialabgaben summieren sich auf bis zu 300 €. Seit 2015 sind die Gehälter eingefroren und eigentlich vorgesehene (geringfügige) Steigerungen werden trickreich hinausgezögert.

Trübe Aussichten

Nikos sieht die Reduzierung der öffentlich angebotenen Bildung auch als Schritt zu weiterer Privatisierung im Bildungsbereich. Schon vor der Krise hatte Griechenland eine lange Tradition der privaten Nachhilfe (Frondistirio = Nachhilfeschule), weil die schulische Ausbildung von vielen Eltern als nicht ausreichend angesehen wird. Die Entwicklung während der Krise wird noch mehr Eltern nötigen, privat für die Bildung der Kinder und Jugendlichen zu sorgen.

Sollte die konservative Nea Demokratia (ND) die nächste Wahl gewinnen, so wird sie wohl für weitere Privatisierungen sorgen. ND-Spitzenkandidat Mitsotakis hat schon

angekündigt, dass die Verwaltung Bildungsgutscheine vergeben würde, die dann auch für Privatschulen gelten. Die ND werde die Autonomisierung der Schulen vorantreiben.

Gewollt oder ungewollt kommt Syriza den Konservativen nun entgegen. Um Lehrer*innenstunden einzusparen hat die Regierung die Grundschulen verpflichtet, alle Klassen mit einer Frequenz von 25 einzurichten. Zu diesem Zweck mussten die Schuleinzugsbezirke aufgehoben werden. Das spielt denjenigen in die Karten, die den Schulen mehr Entscheidungsspielraum bei der Zusammensetzung ihrer Schülerschaft eröffnen und damit die Konkurrenz unter den Schulen fördern wollen.

„Entlastung“ verschafft dem Ministerium der Rückgang der Geburten seit 2008 um 10% und die massenhafte Abwanderung junger Leute. Durch diesen Trend droht Griechenland aber eine verhängnisvolle Abwärtsspirale mit unabsehbaren Folgen für die nächste Generation.



Hans-Jürgen, Nikos, Vassia und Gerhard vor dem Büro von ADEDY

Die Übernahme des Flughafens geht voran

Mittwochvormittag
13 Oktober 2018
in Thessaloniki

Nachdem im April 2017 der Flughafen von Thessaloniki und 13 Regionalflughäfen an den deutschen Betreiber Fraport AG mit Sitz in Frankfurt/Main übergeben worden waren, konnten wir nun Kostas treffen, der in der Bodenabfertigung auf dem Flughafen Thessaloniki und in der zuständigen Gewerkschaft arbeitet. Im September 2017 hatten wir mit einem Vertreter der Gewerkschaften derjenigen Arbeiter_innen geredet, die den Luftraum kontrollieren und auch weiterhin für den griechischen Staat tätig sind. Der gesamte Bodenbereich untersteht jedoch dem neuen Betreiber. Das Gespräch mit Kostas, an dem auch der Finanzsekretär Panagiotis beteiligt war, fand im Gewerkschaftszentrum von Thessaloniki (Εργατοϋπαλληλικό Κέντρο Θεσσαλονίκης) statt.

Kostas arbeitete seit 1997 zunächst bei Cronus Airlines, nach 2001 und deren Übernahme bei Aegean Airlines und schließlich bei Goldair Handling, die neben Swissport und Skyserv den Boden-Service betreibt – mehr als drei Firmen sind für den Bereich an einem Flughafen vom Gesetz her nicht erlaubt. Der Bodenverkehrsdienst Skyserv gehörte vormals zu Olympic Air und wurde nach deren Übernahme 2013 durch Aegean Airlines eigenständig weitergeführt (2015 wurde er vom weltgrößten Flugzeugabfertiger Swissport übernommen, der wiederum 2015 an die chinesische HNA Group übergang). Als Fraport den Flughafen übernahm, wurden die Verträge mit den drei Unternehmen erneuert, deren Inhalt ihm jedoch nicht bekannt ist. Die Arbeitsverträge bestehen weiterhin mit ihnen und haben sich seitdem auch nicht geändert. Jedoch haben zahlreiche Arbeiter_innen zu Fraport gewechselt, als sich ihnen die Möglichkeit bot, und haben dafür auch ihre Rechte, die sie durch ihre lange Tätigkeit erworben hatten, in der Hoffnung auf ein besseres Einkommen und mehr Karriere-Chancen aufgegeben. Manche, die vorher z.B. 1250 € bei Goldair erhalten haben, verdienen dort jetzt 1100 €, andere kommen nun aber auf 1500 bis 1600 €. Der Bodenbereich, der vorher in den Händen der staatlichen Luftfahrt-Behörde lag, die jetzt noch für die Kontrolle des Luftraums zuständig ist, wird vollständig durch Fraport betrieben.

Insgesamt hat sich seit der Übergabe an Fraport Greece das Arbeitsaufkommen erhöht, dadurch werden Zulagen, die zuvor von den Unternehmen gestrichen worden waren, nun wieder ausgezahlt, was ca. 35€ monatlich ausmacht. Inzwischen ist die Anzahl der Flüge gestiegen und auch neue Linien sind dazu gekommen, wie zweimal die Woche Lufthansa, die 2001 den Zielort eingestellt hatte, oder Qatar Airlines. Die drei Unternehmen für den Boden-Service stellten im Sommer 2018 etwa 80 neue Arbeitskräfte ein, von denen die Hälfte übernommen wurde. In den Arbeitsverträgen ist keine bestimmte Zahl von Flügen festgelegt, d.h. wenn diese sich erhöht, steigt auch das Arbeitsaufkommen. Es wurden am Flughafen auch neue Geschäfte eröffnet und damit sind neue Jobs entstanden. Anfangs wurden von Fraport neue Verträge mit den ansässigen Geschäften abgeschlossen und dabei die Mieten etwa um das Fünffache erhöht, so dass zwei Geschäfte geschlossen wurden. Ein Shop für Gepäckstücke mit zwei Angestellten sollte nun 5000 € statt zuvor 1000 € zahlen, das andere Geschäft verkaufte u.a. Tabak und Zigaretten. Seit die Verkaufsfläche durch Fraport insgesamt vergrößert wurde, sind auch dort neue Geschäfte entstanden.

Für 2018 (nun voraussichtlich 2019) war der Abschluss der Verlängerung der Start- und Landebahn 10-28 angekündigt, durch die auch Transatlantikflüge möglich sind. Die Baumaßnahme wird durch den griechischen Staat ausgeführt. Die vollständige Kostenübernahme wird derzeit noch juristisch geklärt, ebenso wie die Forderung von Fraport auf Zahlung von 70 Mill. € für Reparaturen. Dabei wurden mehrfach, wie kurz vor unserem Treffen, Bomben aus dem 2. Weltkrieg gefunden, die zur Explosion gebracht wurden. Im September 2018 begann Fraport mit dem Bau eines neuen Terminals. Die Arbeiten werden von griechischen Firmen und Arbeiter_innen ausgeführt, über 20 Stunden am Tag und sollen drei Jahre dauern. Kostas sagt, dass unklar ist, ob Fraport den Terminal mit einem

eigenem Ground Handling betreiben wird, der mit den anderen konkurrieren und niedrigere Gehälter zahlen könnte. Insgesamt ist die Kommunikation zwischen der Gewerkschaft und dem Betreiber Fraport sehr gering und dieser tritt ihr gegenüber eher unfreundlich auf. So müssen seit der Übernahme die Arbeiter_innen des Bodenbereichs für die Benutzung der Parkplätze 15 € im Monat statt wie vorher im Jahr zahlen, im Gegensatz zu den staatlichen Arbeiter_innen. Als Kostas sich an Fraport wendete, dass dieser Betrag zu hoch sei, wurde jegliche Verhandlung darüber abgelehnt, auch nicht nach dem Vorschlag, 15 Cent pro Tag zu zahlen. Ebenso müssen die Reinigungskräfte ihre Sachen in den Materialräumen unterbringen und haben kaum Möglichkeiten sich umzuziehen. Alle Beschwerden werden bisher hier im Gewerkschaftszentrum gesammelt. Wenn nötig, wäre auch ein Streik als letzte Option denkbar. Bei der Verwaltung von Fraport selber gibt es keine Gewerkschaft, aber einige Arbeiter*innen dort sind heimlich Mitglied hier. Einige haben etwa Verträge erhalten mit einer Arbeitszeit von fünf Tagen die Woche, mussten aber sechs arbeiten und erhielten einen Gutschein dafür, bis diese Praxis nach einer Intervention der Gewerkschaft eingestellt wurde.

Alle Vertretungen der Arbeiter_innen im Privat-Sektor in Zentral-Makedonien und Thessaloniki sind hier im Gewerkschaftszentrum vereint, das die Verhandlungen mit den Unternehmensverbänden führt. Kostas leitet die für die Arbeiter*innen im Bodenverkehrsdienst am Flughafen Makedonía von Thessaloniki. Das Zentrum ist wiederum Teil des Dachverbandes General Confederation of Greek Workers (Γενική Συνομοσπονδία Εργατών Ελλάδας GSEE), die der European Trade Union Confederation (ETUC) sowie der International Transport Workers' Federation (ITF) angehört – von diesen Verbindungen kommt jedoch hier im Zentrum wenig an. In den letzten Jahren wird hier eher nach neuen Strategien gesucht, etwa kleinere Gewerkschaften für jede einzelne Branche zu bilden oder auch in neue Bereiche zu gehen, z.B. zu den Taxi- und Bus-Fahrer_innen. Die Schwierigkeiten der traditionellen Gewerkschaften, von den Arbeiter_innen als Vertretung anerkannt zu werden, werden noch verstärkt durch Verarmung, Arbeitslosigkeit und Prekarisierung



dank Schuldendienst und Austeritätsprogramm. Für den Erhalt des Euro als weltweit gefragte Währung, was sich v.a. für deutsche Staatsanleihen und Unternehmen auszahlt, wurde mit den Memoranden Griechenland als weitgehend wertlos eingestuft und dessen gesamter Bestand zur Privatisierung freigegeben. Zu den Auflagen gehörte 2011 die Bildung einer Art Treuhandanstalt (ΤΑΙΠΕΔ: Hellenic Republic Asset Development Fund), die 2016 einem neu gegründeten Superfonds (Hellenic Corporation of Assets and Participations S.A.) unterstellt wurde. Dabei kommt zwar etwa für Fraport ein günstiger Vertrag heraus (siehe Reisebericht 2017), jedoch ist die Aussicht auf Geschäftsanlagen genauso wenig der Privatisierungsgrund wie die Rückzahlung der griechischen Schulden: Nach anfänglich vorausgesagten 50 Mrd. € als Gesamt-Erlös werden von der EU nun noch 14 Mrd. € bis 2060 „erwartet“. Durch die Konkurrenz der Nationen innerhalb der EU, die diese und ihren Euro als Machtmittel sehr unterschiedlich einsetzen (können), wird ein Unternehmen wie Fraport, das als kreditwürdig gilt, noch zum relativen Vorteil für diejenigen, die zur Lohnarbeit gezwungen sind. Die Notwendigkeit, sich gegen Angriffe auf Lohn und Arbeitsbedingungen zu wehren, wird dadurch nicht geringer.

Marc

NGOs als Vorreiter der Prekarisierung

Am Nachmittag treffen wir zwei Kolleginnen von einer neuen Basis-Gewerkschaft. Sie arbeiten in NGOs und berichten von den schwierigen Bedingungen dort, wie etwa die unklaren Arbeitsverhältnisse. In diesem Bereich sind traditionelle Gewerkschaften überhaupt nicht vorhanden. Die NGO übernimmt Aufgaben, die in die soziale Verantwortung des Staates fallen. Die Finanzierung ist von verschiedenen Trägern abhängig. Oft sind die Aufgaben projektgebunden und daher auch die Arbeitsverhältnisse in der Regel nur befristet. Außerdem mischt sich bei den Beschäftigten ehrenamtliches soziales Engagement mit Erwerbsarbeit, was auch zu Konkurrenz zwischen den Mitarbeitenden führt. Die oft niedrige Entlohnung sowie die Unsicherheit des Arbeitsplatzes und der Arbeitsbedingungen führen zu Unzufriedenheit.

Die Geschäftsführungen der NGO verweisen dann gerne auf die Träger von deren Finanzierung. Sie verwischen damit die eigene Zuständigkeit und erschweren die Durchsetzung von Verbesserungen.

Einige Beschäftigte haben sich zusammengetan und diese Basisgewerkschaft gegründet. Sie bilden mit anderen Basisgewerkschaften und der ESE ein Netzwerk, um sich gegenseitig zu unterstützen. Ein Arbeitersolidaritätsfonds soll die Kolleg_innen unterstützen, die aufgrund ihrer Aktivitäten entlassen werden oder sonstige Repressionen erfahren. Unterstützt werden sollen aber auch Arbeiter_innen, die Arbeitsunfälle erleiden und wegen fehlender Versicherung keine Entschädigung erhalten. Ein großer Anspruch, der bei einer kleinen Gewerkschaft nicht so leicht erfüllt werden kann. Wir besuchten am Abend noch den Laden, der ihr Treffpunkt werden soll und in dem gerade eine Versammlung zur Vorbereitung gemeinsamer Aktionen stattgefunden hat. Das Lokal glich eher einer Bar als einem traditionellen Gewerkschaftsraum – auch das ist Teil des Arbeiter_innenwiderstandes.

Hans

Mittwochnachmittag
3 Oktober 2018
in Thessaloniki

Chefs überflüssig – Vio.me seit mehr als fünf Jahren in Arbeiterhand

Dienstagvormittag
2 Oktober 2018
in Thessaloniki

Der Einladung in die immer noch besetzte Fabrik folgten wir gerne. Zumal neue Teilnehmer unserer Reisegruppe neugierig waren, wie die Arbeiterselbstverwaltung hier funktioniert. Die Atmosphäre ist entspannt, obwohl wieder ein Versteigerungstermin bevorsteht. Die Produktion läuft nicht gerade auf Hochtouren, aber wir bekommen mit, wie hier die Seife mit ökologischen Zutaten von Hand hergestellt wird. Natürlich bedauern wir es, nicht länger bleiben zu können um beim „Coopenair Festival“ dabei sein zu können. Dieses Festival ist dafür gedacht, dass selbstorganisierte Cooperativen und Projekte sich Treffen und sich der Öffentlichkeit vorstellen können.

Hans



Im Gespräch mit Kollegen von Vio.Me

Griechische Kooperative »Vio.Me« kämpft weiter um Existenz

Wochenende
13.-14. Oktober
in Thessaloniki

Am Wochenende standen die Pforten der Kooperative »Vio.Me« in Thessaloniki Tausenden Besuchern sperrangelweit offen. Normalerweise muss man dort klingeln und wartet dann auf Einlass. »Die Fabrik soll Fabrik bleiben, das Eigentum gehört der gesamten Gesellschaft«, erklärt Dimitris, Mitglied der Kooperative. Entsprechend dieser Devise hatte der von Zwangsversteigerung bedrohte Produzent von ökologischen Reinigungsmitteln zum »Coopenair Festival« in seine Produktionsstätte eingeladen.

Der Andrang war groß, größer als erwartet. »Ich bin hier, weil ich Vio.Me unterstützen will, damit es nicht schließt«, sagte Christina. Mehr als 4.000 Menschen waren wie die in einer Flüchtlingsunterkunft tätige Ärztin allein am Freitag zu den Auftaktkonzerten gekommen. Auf dem 5.000 Quadratmeter großen Gelände der seit mehr als fünf Jahren besetzten Fabrik in einem Industriegebiet am Stadtrand hatten zwei Bühnen und Dutzende Marktstände Platz. Zwei Lagerhallen wurden zu Ausstellungs- und Versammlungsräumen umfunktioniert. An dem Festival beteiligten sich regionale Genossenschaften, die vor allem

Ess- und Trinkbares bzw. selbst produziertes Kunsthandwerkwerk oder linken Lesestoff anbieten. Neben Auftritten lokaler Bands gab es Filmvorführungen.

Seit der Finanzkrise sind in Griechenland, auch aufgrund gesetzlicher und steuerlicher Vorteile, immer mehr Kooperativen gegründet worden. Längst nicht alle streben nach gesellschaftlicher Umgestaltung. Dimitris spricht vom Überleben als der Motivation hinter Vio.Me: »Was sehen wir denn da draußen? Unsere Kinder arbeiten Vollzeit und verdienen nur noch die Hälfte, alles ohne Rentenpunkte.« Der selbstverwaltete Betrieb exportiert Seifen ins europäische Ausland. Eines der Hauptabnehmerländer ist Deutschland. Auch der Verkauf ohne Zwischenhändler in den sozialen Zentren der Region funktioniert ausgezeichnet.

Die 1961 gegründete Filkeram Johnson AG, ein Hersteller für Keramikfliesen, war der Mutterkonzern der »Vio.Me«-Fabrik, die hauptsächlich Baukleber produzierte. Mit einst 350 Angestellten zählte sie zu den wichtigsten Unternehmen der Region. 2011 meldete die Eigentümerfamilie Filippou den Konkurs an. Am Ende zahlte sie weder Löhne noch Steuern und Sozialabgaben.

Weil ein migrantischer Arbeiter schon zuvor unversichert beschäftigt war, hatte ein Teil der Belegschaft bereits 2003 einen Betriebsrat gebildet. Diese Erfahrungen halfen, »in den Kampf zu treten«, erinnert sich Spyros von Vio.Me. Von nun an ging es ohne Chefs weiter. Am Ende entschieden alle Angestellten, außer die der Geschäftsführung, »dass die Fabrik in Betrieb bleibt«. Von den 60 Arbeitern blieben 36 und besetzten das Werk. Mit Hilfe eines Solidaritätsfonds kamen bis 2013 die nötigen Geldmittel für die Produktionsaufnahme zusammen. Damit die Inbesitznahme des Betriebes nicht auch eine Schuldenübernahme bedeutete, gründeten die 17 verbliebenen Arbeiter im selben Jahr unter dem alten Namen Vio.Me eine Kooperative und stellten die Produktion auf ökologische Reinigungsmittel um.

Trotz des relativ hohen Bekanntheitsgrads und des Erfolgs der Initiative können sich die Mitglieder nur einen Lohn auf dem Niveau des griechischen Arbeitslosengeldes auszahlen. Aber letzteres gibt es nur ein Jahr lang, deshalb sei der niedrige Lohn ohnehin die bessere Alternative, findet Dimitris. Hohe Ideale verlangen einen hohen persönlichen Einsatz: Werktags beginnt der Tag um sieben Uhr mit dem gemeinsamen Plenum, es gibt Schichtdienste. Auch nächtliche Wachen gehören dazu, denn das Objekt muss unter anderem vor dem Insolvenzverwalter geschützt werden. Was Vio.Me von anderen Projekten solidarischen Wirtschaftens unterscheidet, sind die ungeklärten Eigentums- und Nutzungsverhältnisse. Noch ist behördlich nicht geklärt, wie es mit dem Grundstück und den vorhandenen Produktionsmitteln weitergeht.

Nicht nur wegen des Semesterbeginns war der Zeitpunkt des Festivals daher günstig gewählt. Unterstützung kann die Kooperative in den nächsten Wochen jedenfalls gut gebrauchen. Ab dem 25. Oktober 2018 beginnen erneut Versteigerungsrunden. Sie sollen bis zum Dezember dauern. Der Anwalt der Eigentümer versucht nach wie vor, das Grundstück als Ganzes so günstig wie möglich zu veräußern. Dabei ist eine Lagerhalle gar nicht Teil der Insolvenzmasse, sie wurde wegen Steuerschulden »einbehalten«, meint Spyros. Der Arbeiter ist besorgt, dass das Gelände bald zur ungenutzten Spekulationsmasse verkommt. »Selbst wenn sie entscheiden, dass wir keinen Erfolg haben: Wir bleiben und machen weiter«, zeigt sich Dimitris hingegen überzeugt.

Der Artikel erschien am 16.10.2018 in der Zeitung „junge Welt“

Bericht aus Deutschland

Donnerstagabend
27. September 2018
in Athen

Als Reisegruppe aus der BRD war es uns nicht nur wichtig etwas über die Verhältnisse in Griechenland zu lernen, sondern auch von der Situation in Deutschland zu berichten. Dafür haben wir an einem unserer Abende eine Veranstaltung organisiert, auf der zwei Genossen berichteten. In unserem Input erzählten wir vom Rechtsruck der letzten Jahre, der auf vielen Ebenen stattfand. Ob es rechte Straßenmobilisierungen sind, Sitze in den Parlamenten oder Staatsbedienstete beim Verfassungsschutz, in vielen Bereichen ist eine Rechtsentwicklung zu sehen. Vor allem auch die öffentliche Diskussion ist immer stärker von Rassismus geprägt. Die Gründe für diese Entwicklung sind unserer Meinung nach in erster Linie die sozialen Probleme, auf die es in den Augen von vielen Menschen keine kollektiven Lösungen gibt. Anstatt gemeinsam für gute Arbeits- und Lebensbedingungen zu kämpfen wenden sich Menschen rechten Ideen zu.

Als Beispiele für diese sozialen Probleme berichteten wir über die steigenden Mieten und über die ständigen Verschlechterungen an den Arbeitsplätzen - Stichwort Prekarisierung. Wir berichteten dabei auch von unserer eigenen Arbeit in Fabriken, in denen LeiharbeiterInnen nur die Hälfte von dem verdienen, was die „Stammebelegschaft“ verdient.

Natürlich war es uns wichtig nicht nur über Verschlechterungen zu sprechen, sondern auch die Kämpfe, die es gibt, in den Mittelpunkt zu stellen. So erzählten wir von Protesten gegen steigende Mieten am Beispiel von Berlin und über Kämpfe gegen Umweltzerstörung, wobei der Hambacher Forst hier das aktuellste Beispiel war. Des Weiteren ging es um Proteste gegen RassistInnen und die Rechtsentwicklung sowie um den Widerstand von ArbeiterInnen und Gewerkschaften gegen die Angriffe auf die Arbeitsbedingungen. Für uns alle war klar, dass es in Deutschland viel zu wenig Kämpfe gibt und dass es unsere Aufgabe ist, Kämpfe vorzubereiten und zu führen – in der Hoffnung, dass diese Kämpfe eine kollektive und kämpferische Perspektive für die Verbesserung unserer Lebensbedingungen eröffnen.

Diese Themen diskutierten wir mit unseren griechischen FreundInnen und GenossInnen. Eine tiefergehende Diskussion über die vielen Fragen erfordert mehr Zeit, als der Rahmen unserer Diskussion es ermöglichte. Zudem frisst auch die Übersetzung einiges an Zeit. So war es in erster Linie ein Informations- und Meinungsaustausch. Diesen Austausch mit Menschen aus andern Ländern zu führen ist immer interessant. So wurden zum Beispiel Unterschiede zwischen der Golden Morgenröte und der deutschen Rechten aufgezeigt. Innerhalb unserer Reisegruppe waren wir in bestimmten Fragen auch unterschiedlicher Auffassung. Die Rolle der Gewerkschaften im Kampf gegen den Rechtsruck wurde zum Beispiel unterschiedlich eingeschätzt. Während manche GenossInnen die Meinung vertraten, dass die Gewerkschaften auf betrieblicher Ebene kaum mehr als Lippenbekenntnisse zu Stande bringen, sahen andere die Rolle der Gewerkschaften positiver.

Insgesamt war es eine nette und solidarische Diskussion. Wenn wir unsere Diskussionen in den nächsten Jahren fortsetzen, hoffen wir natürlich, bessere Neuigkeiten mitzubringen und anstatt vom Rechtsruck von großen sozialen Bewegungen berichten zu können. Lasst uns die Zeit bis zur nächsten Solireise nutzen und die Kämpfe von unten organisieren.



Offene Stadtteilversammlungen und Kampf gegen Zwangs- versteigerungen von Wohnraum

Besuch in Perama

Wie schon seit Jahren sind wir am Montagabend zu Besuch in der Stadtteilversammlung Perama. Montags findet immer die „open assembly“ statt und da uns die Mitglieder der Stadtteilversammlung gern sehen, fällt unser Besuch schon fast traditionell auf den Montag. Da wir in diesem Jahr zu unterschiedlichen Zeiten angereist sind, ist unsere Gruppe nur klein. Wie immer werden wir freudestrahlend empfangen und willkommen geheißt.

Babis führt aus, wie froh sie alle seien, uns, ihre Freund*innen, Genoss*innen, Mitkämpfer*innen, wieder zu sehen. Unser Besuch im September sei jedes Jahr eine große Freude für die Versammlung.

In diesem Jahr berichten wir zuerst von den Themen, die uns in Deutschland beschäftigen. Wir sprechen über die verfehlte Wohnungspolitik, die Mietenexplosion, über die Entwicklung des Mindestlohns, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, über den Pflegenotstand und den zunehmenden Rechtsruck in der BRD.

Andi gibt einen historischen Abriss über die Revolution, die vor 100 Jahren ihren Anfang in Kiel hatte. Die Revolution wurde im Blut ertränkt, 10.000 Arbeiter*innen umgebracht, darunter auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Damit war der Weg frei für die rasante Entwicklung des Faschismus und für den zweiten Weltkrieg. Nach 100 Jahren nennt er die Revolution die „unvollendete Revolution“; am 8. November wird es hierzu in Berlin eine öffentliche Veranstaltung geben.

Thanasis, der Koch der Versammlung, ergreift das Wort, begrüßt insbesondere diejenigen von uns, die zum ersten Mal in Perama sind. Die Sozalküche hat für uns gekocht und wir werden heute alle wieder zusammen essen. Er berichtet davon, wie schwierig es geworden sei, genügend Lebensmittel zu bekommen, sie als Spenden zu erhalten. Die Arbeitslosigkeit in Perama ist nach wie vor so hoch, dass viele Bewohner*innen wenig oder nichts zu essen haben, auch deshalb nicht mehr spenden können. Die Versammlung selbst hat inzwischen weniger Mitglieder. Einige sind des Kämpfens müde geworden, andere glaubten, dass sie über die Versammlung von der Regierungspartei kontrolliert würden, was nicht der Fall ist; die Mitglieder der Versammlung gehören unterschiedlichen Parteien an oder sind parteilos. Nach wie vor bekommt die Versammlung keine staatliche/kommunale Unterstützung, alle Spenden, die sie erhalten, werden von Privatleuten aufgebracht.

Auch Athina, die Frau von Babis, freut sich, uns wiederzusehen. Für die Neuen in unserer Gruppe erläutert sie, dass die Versammlung die Suppenküche gemeinsam geplant und aufgebaut hat, alle nehmen an den Arbeiten der Küche teil.

Montagabend
24. September 2018
in Athen



Fest in der offenen Stadtteilversammlung von Perama

Es ist das Prinzip der Suppenküche, dass alle, die zum Essen kommen, auch in den gesamten Prozess des Vorbereitens mit eingebunden werden und hinterher gemeinsam in den Räumen der Versammlung essen. Es geht nicht darum, Almosen zu verteilen, sondern darum ein neues Verständnis aufzubauen. Deshalb ist das Projekt ein politisches Projekt. Die Besucher sollen lernen, dass sie ihr Leben selbst – gemeinsam mit anderen – in die Hand nehmen müssen, um es zu verändern, zu verbessern. Das macht vielen Angst, weil das Prinzip der solidarischen Zusammenarbeit auch nach den langen Jahren der Austerität und ihren Auswirkungen noch nicht vertraut ist. Neben dem wöchentlichen Essen organisiert die Versammlung auch kulturelle Veranstaltungen, gern für Kinder. Die Veranstaltungen sind immer kostenfrei. Am kommenden Wochenende (29.10.) findet auf dem zentralen Platz in Perama eine Kinderveranstaltung statt. Die Aktiven der Versammlung nutzen diese Formate auch immer, um die Solidarküche bekannt zu machen. Darüber hinaus sind die Veranstaltungen ein optimaler Rahmen, um politische Gespräche führen zu können.

Neu für uns ist, dass inzwischen auch die jungen Mitglieder der Versammlung aktiv in die Arbeit eingestiegen sind. Wir hatten schon davon gehört, freuen uns umso mehr, vier der Aktiven kennenzulernen. Vivie berichtet uns, dass eine Antifaschistische Initiative Perama gegründet wurde. Auslöser hierfür war das hohe Wahlergebnis der faschistischen Goldenen Morgenröte. Die Initiative versteht sich primär als eine kulturelle, die ein Gegengewicht darstellen will, um zu verhindern, dass Teile der Gesellschaft dem Faschismus erliegen. So haben sie zum Beispiel ein antirassistisches Basketball-Turnier veranstaltet unter dem Motto: „Live together, play together“. Sie haben andere Initiativen aus Athen eingeladen zu unterstützen und während des Turniers Kontakt zum City Plaza und zu Immigrant*innen aus der sog. Sonntagsschule knüpfen können.

Ihre Vorstellung ist, sich primär an Schülerinnen und Schüler zu wenden, um die Kinder und Heranwachsenden zu erreichen und ein Gegengewicht zu manchem Elternhaus herzustellen, was aufgrund des niedrigen Bildungsniveaus den Versprechungen der Faschisten glaubt. Wichtig ist dabei zu berücksichtigen, dass ca. 30 % der Bevölkerung in Perama nicht mal einen Hauptschulabschluss haben, viele sind arbeitslos. Für die Faschisten ist diese Gruppe daher leicht mit Lügen und faulen Versprechungen zu ködern, wie bspw., dass an ihrer Misere die Flüchtlinge Schuld tragen.

Eleni ist ebenfalls Mitglied der antifaschistischen Initiative und berichtet von einem Ziel, das sie in diesem Jahr umsetzen konnten. Anlässlich des fünften Todestags von Pavlos Fissas (Rapper, der am 18.9.2013 von Mitgliedern der Goldenen Morgenröte ermordet wurde) haben sie zusammen mit anderen Gruppen eine große Demonstration geplant und auch durchgeführt. Am Denkmal für Pavlos Fissas war der Startpunkt und die Demoroute führte sie zum Büro der Goldenen Morgenröte. Es wurde die größte Demonstration der letzten Jahre in Piräus mit ca. 5.000 Teilnehmer*innen.

Ihre Initiative hat eine Flugschrift (Auflage 10.000) mit Informationen zu Pavlos Fissas und mit Texten aus seinen Songs herausgebracht und diese Flugschrift als Comic aufgemacht. Diese verteilen sie an Gymnasien in Athen und Piräus und erinnern damit an den Mord, weil sie festgestellt haben, dass viele Schüler*innen wenig Kenntnis davon haben und auch erschreckend wenig über die Goldene Morgenröte wissen.

Als Gruppe, die nun schon seit etwas über drei Jahren besteht, nehmen sie auch teil an allen Gerichtsverhandlungen gegen die Faschisten wegen dem Mord an Pavlos Fissas und sorgen mit ihrer Teilnahme für eine sichtbare Präsenz. Die Bevölkerung soll so über den Prozess und das zu erwartende Urteil informiert werden, weil die Presse dieses nicht oder nur ungenügend tut.

Nach dem Austausch essen und reden wir zusammen; anwesend sind auch zwei Aktivist*innen aus Österreich, die ein Soliprojekt in Salzburg initiiert haben, Olivenöl in Österreich verkaufen und mit den Erlösen die Versammlung Perama unterstützen. Wir übergeben eine Spende in Höhe von 300 Euro an die Suppenküche und eine Spende in Höhe von 200 Euro an die antifaschistische Initiative.

Doris





Alles begann 2013 ... ein Gespräch mit Aktivist*innen gegen Zwangsversteigerungen

Freitagabend
28. September 2018
in Athen

Die Gruppe, welche Zwangsversteigerungen in Athen verhindert, ist Teil eines großen Bündnisses. Dieses besteht aus einer Vielzahl von Gebiets- und Stadtgruppen in ganz Griechenland. Die Athener Gruppe zählt 60 Mitglieder. Donia Katarini – eine Aktive des Bündnisses – beteiligt sich seit dem Beginn der staatlichen Zwangsversteigerungen im Jahr 2013 an Aktionen gegen diese. Mit ihr und einem weiteren Aktivist*innen trafen wir uns, um über die aktuelle Situation in Athen zu reden.

Viele Kreditnehmer*innen sind in Zahlungsverzug gekommen, weil sie im Zuge der Wirtschaftskrise ihre Lohnarbeit verloren, ihre Kredite mit hohen Zinsen belegt und die Verträge mit Banken zumeist zu ihren Ungunsten formuliert wurden, während die Banken durch öffentliche Gelder drei Mal gerettet wurden. Bis 2008/09 besaßen ca. 85 % der Menschen in Griechenland Eigentumswohnungen¹, nun sind es durch die Zwangsversteigerungen noch 73 %. Aktuell haben eine Million Menschen Schulden beim griechischen Staat und Versicherungsanstalten. Diese können mittlerweile Wohnungen pfänden, wenn die Rückstände mehr als 500 € betragen. 13.000 Familien bekommen aktuell einen Mietzuschuss von 100 – 150 €, weil sie in prekären Umständen leben. Griechenland steht im europäischen Vergleich an zweiter Stelle, was die relative Höhe der Wohnkosten angeht. 48% des Einkommens müssen durchschnittlich für Wohnen (inklusive Kredite, Steuern, Strom, Wasser, Nebenkosten und Miete) ausgegeben werden.

15.000 Familien sind in Griechenland akut von der Zwangsversteigerung ihres Erstwohnsitzes bedroht. In den nächsten drei Jahren sollen nach dem Willen der Troika 40.000 Zwangsversteigerungen durchgeführt werden. Bisher hat die Athener Initiative nicht von der Vollstreckung einer Zwangsräumung gehört. Es steht zu befürchten, dass sich dies demnächst ändert und es zu einer humanitären Krise des Wohnens kommt.

46% der Kredite in Griechenland sind rote Kredite, das heißt, die privaten Kreditnehmer*innen haben seit mehr als drei Monaten nicht mehr zahlen können. Durch die Zwangsversteigerungen sind diese 2013 auf 44% zurückgegangen, doch die Troika² gab sich

1 In den letzten 50 Jahren handelte es sich nur bei 2,5 % der Wohnungen in Griechenland um Sozialen Wohnungsbau. Zum Vergleich: Im europäischen Durchschnitt sind es 17%. Weil jedoch keine neuen Sozialwohnungen errichtet wurden, ist deren Anzahl mittlerweile auf 0% gefallen. Stattdessen gab es billige Staatskredite als einzige "soziale Wohnungspolitik", welche nun jedoch auch weggefallen sind.

2 Die Troika ist in diesem Kontext eine Kooperation von Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Kommission. Die Repräsentant*innen verhandelten mit Mitgliedsländern der Eurozone über Kreditprogramme.

damit nicht zufrieden. Sie verlangte von der griechischen Regierung, dass die roten Kredite nochmals um 13% gesenkt werden müssen. Hinter diesen Zahlen stecken jedoch Menschenleben und erheblicher sozialer Sprengstoff.

Parallel steigt mit jeder Gesetzesnovelle die Steuerbelastung. Weil gleichzeitig die Realeinkommen sinken, können immer mehr Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen Zahlungen gegenüber Banken, aber auch Finanzämtern, Sozialversicherungen sowie Strom- und Elektrizitätswerken nicht mehr leisten – ein Teufelskreis. Auf Grund von Schulden bei der Stromgesellschaft sehen sich auch die anwesenden Aktivist*innen selbst von der Abschaltung von Strom und Wasser bedroht.

Der von 2010 bis 2013 geltende Schutz des Erstwohnsitzes bzw. von Menschen mit kleinen Einkommen und Krediten³ nennt sich das Katseli-Gesetz⁴. Nach der Änderung dieses Gesetzes gilt mensch jetzt bereits nach 30 Tagen als „schlechte Schuldner*in“ und ist der Willkür der Banken ausgeliefert. Donia erzählte uns, wie die Organisation gegen Zwangsversteigerungen infolgedessen begann.

Die ersten Organisierungsschritte bestanden darin zu begreifen, welches Ausmaß die Gesetzesänderungen haben; also wie viele Personen betroffen sind und welche Konsequenzen zu befürchten sind. Es wurde eine 25-seitige Broschüre herausgegeben und an verschiedenste Initiativen und ‚Volksversammlungen‘ in ganz Griechenland verteilt. Dies ging einher mit dem Aufruf sich zusammenzuschließen und ein gemeinsames Vorgehen zu entwickeln. Im November 2013 fand ein großes Treffen statt, an dem sich 55 Initiativen beteiligten. Dort wurde zunächst über die Gesetzeslage informiert und die bereits geleistete politische Arbeit öffentlich gemacht.

Die Aktivist*innen aus Athen suchten außerdem den Kontakt zu Betroffenen, indem Plakate mit Telefonnummern in den Straßen plakatiert wurden. Nach ca. einem Jahr fand die erste Zwangsversteigerung statt und die Initiative begann damit diese vor Gericht abzuwenden.

Blockaden, Repression und elektronische Zwangsversteigerungen

Von 2014 bis Januar 2018 wurden die Zwangsversteigerungen öffentlich vor Gericht durchgeführt. Durch die Blockade von Gerichtssälen und andere Aktionen konnten viele Zwangsversteigerungen verhindert werden. Vor jeder anstehenden Zwangsversteigerung recherchierten die Aktivist*innen, was versteigert werden sollte. Teilweise wurden einige Zwangsversteigerungen bewusst zugelassen, wenn z.B. große Hotels versteigert wurden. Diese Zwangsversteigerungen gingen oftmals darauf zurück, dass ehemalige Arbeitnehmer*innen vor Gericht um ihre ausstehenden Lohnzahlungen klagten.

Zu Beginn begegnete die Regierung der Bewegung nicht mit Gewalt und die Polizei wurde nicht eingesetzt. Die Verhandlungen fanden stets nur mittwochs von 16:00 bis 17:00 Uhr öffentlich statt. Dies hat sich jedoch geändert. Die Troika verlangte, dass die Zwangsversteigerungen durchgesetzt werden müssen. Dies war der Beginn heftiger Repressionen. Die Polizei griff die Aktivist*innen u.a. mit Tränengas und Schlagstöcken an. Dies führte jedoch dazu, dass die Bewegung immer massenhafter und militanter wurde. Aus diesem Grund veranlasste die Regierung eine Gesetzesänderung, durch die die Zwangsversteigerungen nun elektronisch und somit nicht mehr öffentlich durchgeführt werden.

Jetzt finden die Zwangsversteigerungen elektronisch an drei Tagen in der Woche statt. Durchgeführt werden sie unter Ausschluss der Öffentlichkeit in Notariaten über vier Stunden hinweg. Das heißt, dass an zwölf Stunden pro Woche Zwangsversteigerungen stattfinden, ohne dass diese der Öffentlichkeit zugänglich sind. Die Initiative änderte daher

³ Dazu zählen Kredite unter 200.000€.

⁴ Nach dem Gesetz entschied ein Gericht über eine Art Privatinsolvenz, bei der Erstwohnsitze und kleine Felder behalten werden konnten. Dies wurde jedoch auch während der Gültigkeit des Gesetzes nicht oft gewährt.

ihre Vorgehensweise: Zunächst wurde eine öffentlichkeitswirksame Informationskampagne begonnen. Diese führte dazu, dass sich die Mehrheit der Athener Notar*innen bis heute weigert Zwangsversteigerungen durchzuführen. Nur ca. 15% der Notar*innen beteiligen sich aktuell an der Durchführung. Unter den gegenwärtigen Bedingungen reicht diese Anzahl jedoch aus, um Versteigerungen durchzuführen. Die Aktivist*innen sind gezwungen gründlich zu recherchieren, was wo versteigert wird, und eine stärkere Auswahl zu treffen, damit kleine Demonstrationen vor den jeweiligen Notariaten organisiert werden können. Diese können die Zwangsversteigerungen zwar nicht verhindern, aber Öffentlichkeit erzeugen und das Vorgehen skandalisieren.

Aktuell werden von ca. 500 Zwangsversteigerungen pro Woche zwei bis drei verhindert bzw. durch die Banken eingestellt. Die Athener Initiative sucht sich bewusst extreme Fälle aus, um an deren Beispiel öffentliche Aufmerksamkeit und Widerstand zu erzeugen, weil die Online-Versteigerungen nicht mehr durch Protest verhindert werden können. Insbesondere bei Zwangsversteigerungen von Erstwohnsitzen sowie kleinen landwirtschaftlich genutzten Flächen und/oder bei sehr geringen Schulden wird starker öffentlicher Druck auf die beteiligten Banken und Notar*innen ausgeübt. So sorgen beispielsweise die Erstwohnsitz-Versteigerungen älterer Paare mit kleiner Rente für viel Aufruhr. Durch den öffentlichen Druck stellen die Banken die Verfahren teilweise selbst ein. Manchmal hat dies Erfolg. Zu einem großen Teil finden die Versteigerungen jedoch statt. Perfide ist, dass 80% dieser Objekte von denselben Banken aufgekauft werden, die die Zwangsversteigerung in Auftrag geben.

Kriminalisierung einer Bewegung

Im November 2017 wurde ebenfalls auf Druck der Troika ein Gesetz verabschiedet, das die Verhinderung von Zwangsversteigerungen bzw. die Behinderung von Richter*innen und Notar*innen mit Haftstrafen ahndet. Diese Repression soll garantieren, dass Zwangsversteigerungen ohne großen Widerstand durchgeführt werden und dazu beitragen die Widerstandsbewegung zu brechen. Der Staatsapparat versucht ganz offensichtlich die Bewegung zu sabotieren. 40 Mitglieder wurden im Zuge der Gesetzesänderung vor Gericht geladen. Bei Demonstrationen kommt es nun zu immer gewalttätigeren Polizeiangriffen, während die Aktivist*innen mit Anzeigen wie Hausfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Beleidigung überzogen werden. Zusätzlich stellt die Medienpropaganda die Bewegung als gefährliche Randgruppe dar. Dies alles dient der Illegalisierung der Bewegung, während die wirtschaftliche und soziale Krise immer schlimmer wird. Die Regierung hingegen predigt das TINA-Prinzip („There is no alternative“) und die Menschen ziehen sich enttäuscht und desillusioniert ins Private zurück. Sie haben Angst sich offen gegen die Banken zu stellen. Die Initiative solidarisierte sich mit den von Repression Betroffenen und unterstützt diese. Außerdem wurden folgende Forderungen öffentlich vertreten:

- der augenblickliche Stopp der elektronischen Zwangsversteigerungen,
- das Ende der gesetzlichen Kriminalisierung von Aktivist*innen,
- die Wiedereinsetzung des Gesetzes zum Schutz des Erstwohnsitzes,
- ein großer Schuldenschnitt.

Der LAE⁵-Vorsitzende Panagiotis Lafanzanis wurde auch von der Staatssicherheitspolizei vorgeladen. Dies ist seit dem Ende der Militärjunta nicht mehr geschehen. In den Augen der Aktivist*innen nimmt die Repression nun den Charakter politischer Verfolgung an. Die Athener Aktiven suchen aktuell nach Unterstützung bei unterschiedlichen politischen

5 Die LAE ist eine nicht im Parlament vertretene linke Partei („Volkseinheit“).



Treffen mit Aktivist*innen der Bewegung gegen Zwangsräumungen, September 2017

Organisationen, um eine Massenbewegung anzustoßen. So ist ihnen auch die Unterstützung der LAE recht. Die Vorladung von Lafanzanis führte dazu, dass viele, die zuvor der Medienpropaganda glaubten, ihre Meinung änderten. Außerdem kommt Unterstützung von kleineren, außerparlamentarischen Parteien und auf internationaler Ebene vom „Komitee internationaler Schuldenstopp“.

Sozialer Druck und unsoziale Politik

Viele Menschen verlassen ihre Häuser jedoch freiwillig, weil der soziale Druck ihres Umfeldes zu stark ist und sie sich diesem nicht aussetzen wollen. Außerdem versuchen 80% der Betroffenen eine Vereinbarung mit den Banken zu treffen. Diese besteht darin den Banken Miete zu zahlen. Durch die Radikalisierung der staatlichen Repression sowie die Verschlimmerung der Krise macht sich unter den Menschen Hoffnungslosigkeit und Machtlosigkeit breit. Sie haben Angst sich den Konflikten zu stellen und es fällt ihnen schwerer sich an gemeinschaftlichen Kämpfen zu beteiligen. In der Folge schließen sie Kompromisse mit der Bank, wodurch sie jedoch nur noch mehr Schulden durch Kredite machen. Der Widerstand gegen die Repression und die Lügen der Regierung ist jedoch wichtiger denn je, weil die Bevölkerung Athens immer mehr die Hoffnung verliert etwas gegen den Verlust ihrer Wohnungen zu unternehmen. Das Beispiel eines Aktivisten, der von Anfang an dabei war, um Zwangsversteigerungen zu verhindern, zeigt, welche Macht sozialer Zwang ausüben kann. Als dieser selbst von einer drohenden Zwangsversteigerung betroffen war, wurde er von anderen Aktivist*innen gebeten an die Öffentlichkeit zu gehen. Sein Beispiel hätte großen Einfluss auf die Bevölkerung Athens gehabt. Ihm war seine Situation jedoch so peinlich, dass er nicht zulassen wollte seine Wohnung öffentlich versteigern zu lassen. So geht es vielen Menschen aus der Mittelschicht. Dies erschwert die öffentliche Mobilisierung und Organisation der Nachbar*innen.

Außerdem ist zu beobachten, dass die Mehrheit der von Zwangsversteigerung Betroffenen nach ihrer eigenen Zwangsversteigerung nicht aktiv bleibt. Einige schlossen sich jedoch

der Bewegung an. Die Aktivist*innen bleiben jedoch widerständig: „Wir haben nichts anderes zu verlieren als unsere Ketten.“

Die Strategie der Regierung lässt sich nach Aussage der Aktivist*innen folgendermaßen beschreiben: Es werden nicht die 90% der Schulden der 2000 wirtschaftlich Starken eingefordert, sondern die 10% der Schulden von einer Million Menschen mit mittleren bis niedrigen Einkommen. Setzen sich Troika und Regierung durch, wird es in den nächsten Jahren eine gigantische Welle von Zwangsversteigerungen und Zwangsräumungen geben.

Die griechische Regierung versucht diese katastrophalen Folgen und den Widerstand gegen diese Politik sowohl medial als auch politisch zu verschleiern. Die Athener Initiative ist davon überzeugt, dass das EU-Parlament nicht ausreichend über die katastrophalen Folgen des Spardiktats auf die Bevölkerung informiert ist, weil die griechische Regierung bewusst falsche Informationen streut. Aus diesem Grund entschloss sich die Gruppe zu einer Delegationsreise nach Brüssel, um sich mit Abgeordneten der ‚europäischen Linken‘ zu treffen. Syriza wollte dieses Treffen jedoch verhindern, indem Papadimoulis⁶ eine E-Mail an die EU-Abgeordneten schickte. Obgleich dies nicht gelang, erschienen nur 10 Abgeordnete und einige Vertreter*innen zu dem Treffen. Die Vorsitzende der europäischen Linken, Gabi Zimmer, verfasste einen Beschluss, nach dem das Vorgehen der griechischen Regierungspartei das Grundrecht auf Wohnen verletze. Dieser Beschluss wurde jedoch nicht veröffentlicht, weil das nach ihrer Aussage nicht durchgekommen wäre – somit liegt der Beschluss noch immer im Schubfach.

Wir übergaben eine Spende von 200 Euro.

Kämpfe in Thessaloniki: Kritik und Selbstkritik

Die Aktiven gegen Zwangsversteigerung, die wir ein paar Tage später in Thessaloniki trafen, sehen diese Aktion im EU-Parlament kritisch. Die Diskussion darüber habe gemeinsam begonnen, doch dann hätten die Athener*innen ohne weitere Zusammenarbeit ihre eigenen Leute geschickt.

Im pan-hellenischen Koordinationsausschuss der Initiativen wurde der Plan nicht erwähnt. In Thessaloniki hatten sie nicht viel von der Aktion erwartet. Nichtsdestotrotz hätten sie den Versuch gewagt, allerdings unter anderen Vorzeichen und mit einem anderen Auftreten. Sie werten das Vorgehen der Athener*innen als Alleingang. Die Aktivist*innen aus Thessaloniki haben den Kampf um Wohnraum mit Umwelt-, Maut- und anderen Kämpfen verbunden. Nach Ansicht der Thessaloniki-Aktivist*innen gehören alle diese Themen zu einer umfassenden Kapitalismuskritik und einer linksradikalen außerparlamentarischen Bewegung. Außerdem wären sie nicht als Bittsteller*innen, sondern als Widerstandsbewegung aufgetreten. Die gesamte Aktion im EU-Parlament sei nicht gemeinschaftlich geplant gewesen und sie haben den Eindruck, dass Athen sich in Szene setzen wollte. Dies habe die Bewegung zurückgeworfen. Seitdem sei auch nichts weiter geschehen.

Die Kritik der Aktivist*innen geht weiter: In Thessaloniki sei die Bewegung von unten gewachsen, aus der Wut der Nachbar*innen und deren Nachbarschaftsversammlungen heraus. Es war somit eine Organisierung von unten aus den bestehenden Bedürfnissen der Menschen heraus. In Athen jedoch sei dies anders gewesen. Die bestehende Initiative habe von oben herab gehandelt.

Gleichzeitig sind die Aktiven aus Thessaloniki selbstkritisch, weil dort noch keine intensive Nachbar*innenmobilisierung betrieben wird. Sie ist jedoch geplant. Noch immer liegt der Fokus in Thessaloniki auf dem Gespräch mit den Menschen. Ihr Ziel ist es die Menschen für die Bewegung zu gewinnen. Bei einem Lohn von 430€ und einer Miete von

⁶ Dimitrios Papadimoulis ist ein griechischer Politiker und Abgeordneter des Europäischen Parlaments.

460€ bleibt den Menschen nichts anderes übrig. Die Stärke der Bewegung liegt in Thessaloniki jedoch darin, dass sich die Aktivist*innen in Gegenden begeben, wo die Menschen die akutesten Probleme haben und einen Austausch suchen. Wenn die Menschen nicht von selbst kommen, dann suchen die Aktivist*innen sie selbst auf.

Die Bewegung gegen Zwangsversteigerung ist in Thessaloniki sehr anerkannt und die Unterstützung wächst weiter, weil immer mehr Menschen horrende Schulden gegenüber den Elektrizitäts- und Wasserwerken haben. Der von den Athener Aktivist*innen beschriebene Kompromiss, das Eigentumsverhältnis in ein Mietverhältnis mit der Bank umzuwandeln, können sich nur die Menschen leisten, die Geld auf der hohen Kante haben.

Repression und Korruption

Einer der Aktivisten, mit denen wir geredet hatten, hat nun eine Anklage wegen „Anstiftung“ und „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“. Dies soll andere Aktivist*innen einschüchtern und die Bewegung schwächen. Doch das Vertrauen in die Solidarität der Bewegung ist stark. Wenn das Verfahren beginnt, werden die Aktivist*innen zur Stelle sein.

Eine treibende Kraft hinter den Klagen gegen Aktivist*innen in Thessaloniki war die ehemalige Präsidentin der Notar*innen. Sie trat sowohl als Klägerin als auch als Zeugin auf. Wie sich herausstellte, hat diese 500.000€ aus den Versteigerungen veruntreut. Einen Tag bevor Aktivist*innen weitere Informationen über die Veruntreuung von vier Millionen Euro vorlegen wollten, hat sich diese das Leben genommen. Nun ist unklar, wie die Verhandlungen weitergehen.

Auch in Thessaloniki nimmt die Repression immer mehr zu. Wenn aktuell Aktionen vor Notariaten geplant sind, stehen mehrere Polizei-Busse mit bewaffneten Polizist*innen direkt davor. Als die Versteigerungen noch vor Gericht stattfanden, war die Widerstandsbewegung so stark, dass die Polizei in geschlossenen Räumen Tränengas und Schlagstöcke einsetzte. Es folgte eine Verhaftungswelle – eine klare Einschüchterung, sagen die Aktivist*innen aus Thessaloniki.

Aktuell sei überall in der Stadt zu spüren, wie es brodelte. Es sei nur noch eine Frage der Zeit, bis es zu einer Explosion komme. Die Frage ist, ob die Faschist*innen diese Stimmung für ihre menschenfeindliche Propaganda instrumentalisieren können. Um das zu verhindern, ist es wichtig aktive Basisorganisation zu betreiben.

Aufruf zu internationaler Solidarität!

Auf unsere Frage, was wir als Solidaritätsgruppe unternehmen können, antworteten die Aktivist*innen: Berichtet über unseren Kampf! Viele Menschen lassen sich durch die Propaganda der Medien beeinflussen und glauben den Lügen der Regierung. Die Genoss*innen aus Athen und Thessaloniki sind auf europäische und internationale Solidarität angewiesen – insbesondere, weil sich die Situation in Zukunft verschärfen wird.

Julia

Stadtviertel Gyzi: Der Kampf beginnt im Kiez

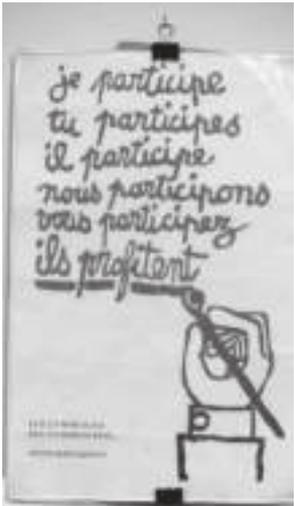
Kiezversammlungen in Athen als Orte des politischen Ausdrucks

Mittwochabend
26. September 2018
in Athen

„Pedio tou Areos“ ist einer der größten Parks von Athen, um ihn herum liegt das Zentrum der Stadt. Östlich grenzt er an das dicht besiedelte Stadtviertel Gyzi, das in den 60er und 70er Jahren wegen der erhöhten Urbanisierung schnell aufgebaut wurde. Als wir Maria, eine dynamische Aktivistin aus dem Kiezzentrum Gyzi, trafen, erzählte sie uns über die studentische Stadtguerilla im Kiez während der Nazi-Besetzung, aber auch wie sich der Stadtteil seit dem verändert hat.

Im Sommer 2011 gründete sich die Kiezversammlung in Gyzi, als ein lebendiger Teil der Platzbesetzungen. „Die Kiezversammlung wurde aus dem Bedürfnis der Bewohner*innen gegründet, sich auf eine andere Art politisch auszudrücken; über Gewerkschaften, Verbände oder traditionelle linke Parteien hinaus.“ Darüber hinaus stellt sie «eine große Gelegenheit dar, Initiativen und Kollektive wieder in Schuss zu bringen».

Die Kiezversammlung Gyzi hat einen heterogenen Charakter, denn schon seit sieben Jahren konnte sie sich in der lokalen Gesellschaft fest verankern. Seit 2012 gibt es in fast jedem Stadtviertel Athens, wie auch in anderen Städten Griechenlands, Kiezversammlungen. «Wir kommen aus unterschiedlichen Initiativen und politischen Hintergründen, aber gemeinsam haben wir eine massive Mobilisierung erreicht, die auf ihrem Höhepunkt eine Gefahr für die Regierung war.» Sie nahmen an der «Ticketlos-Bewegung» für die Arbeitslosen teil, an der Wiederanbindung des Stroms für Menschen, die sich die Stromrechnung nicht leisten konnten, sowie an der Bewegung gegen Zwangsversteigerungen. Die Stadtteilversammlung ist nicht nur ein politischer Ausdruck gegen das Spardiktat der Troika, sondern wirkt auch direkt in die Gesellschaft hinein. «Wir wollen nicht nur die dunkle Seite der Probleme und die Ausweglosigkeit der Menschen zeigen.»



In den Räumen der offenen Stadtteilversammlung in Gyzi

Genau wie im Wedding steht jeder öffentliche Raum zuerst dem Profit zur Verfügung. Das Soziale Zentrum von Evelpidon ist eine «Lunge» für die nahegelegenen Viertel Gyzi, Kipseli und Polugonou. Als die Gemeinde 2013 versuchte die Nutzung der Räume dem Gericht zu übergeben, haben die Einwohner*innen direkt agiert. Jeglicher Zugang zu Sport- und Kulturaktivitäten der drei dicht besiedelten Stadtviertel war in Gefahr. Für zwei Wochen wurden die Räume besetzt, was die Schließung des Zentrums verhinderte. Bis heute wird es mit täglichen Veranstaltungen lebendig gehalten.

«Unsere Aktivitäten haben mit unserem Alltag zu tun und hängen von der Notwendigkeit der Menschen ab. Wir produzieren Seifen, wir backen Brot, wir organisieren Buch- und Film-Veranstaltungen und wir bepflanzen unseren Park mit Bäumen.» Jeden Montag gibt es einen Filmabend und jeden Freitag Flötenunterricht. «Unsere Kiezversammlung bildet nicht nur einen Widerstandsort im Kiez, sondern auch einen Ort wo sich politischer Ausdruck formulieren und nach außen wirken kann.», berichtet Maria zum Ende des Interviews und bestärkt unsere Ideen, wie ein revolutionärer Kiez hier im Wedding aussehen könnte.

Mira R. Flores

Der Bericht wurde zuerst veröffentlicht in der Kiezzeitung für den Wedding, Plumpe (Nr 1)

Deutsche Besatzung und antifaschistischer Widerstand



*Inscript auf dem Gedenkstein (oben):
„Hier lebte die Heldin des EPON Widerstands
Panagiota Stathopoulou. Sie wurde während
der großen Demonstration am 22. Juli 1943
von einem deutschen Panzer getötet.“*

*Eine Verwandte zeigt uns eine alte Fotoauf-
nahme von Panagiota Stathopoulou. Sie war
mit ihren Eltern erst kurz vor 1943 aus der
Arbeitsmigration aus Amerika zurückgekehrt.*

Kiezversammlung und antifaschistische Tradition

Bevor wir uns im Stadtteilladen versammelten, besuchten wir den Gedenkstein im gegenüberliegenden Park und wurden über die damaligen Ereignisse informiert. Anfang Juli 1943 forderte die deutsche Besatzungsmacht ihre bulgarischen Verbündeten auf, ihre Besatzungszone in Nordgriechenland auszudehnen. Gegen die Annexionspläne fand am 13. Juli ein Generalstreik statt, der Athen für 24 Stunden lahmlegte.

Für den 22. Juli hatte die EAM (Nationale Befreiungsfront Griechenlands) zu einem weiteren Generalstreik und zu einer riesigen Demonstration aufgerufen. Bis zu 300.000 Menschen nahmen daran teil. Bei dem Versuch, vom Omonia-Platz bis zum Syntagma-Platz zu marschieren, stießen sie auf eine Barrikade mechanisierter deutscher Streitkräfte, von italienischer Kavallerie und der griechischen Kollaborationspolizei. Der Versuch, die Barrikade zu durchbrechen, misslang. Unter heftigem Beschuss musste sich die Demonstration zurückziehen und 22 Tote und hunderte Verletzte zurücklassen. Unter ihnen war auch Panagiota Stathopoulou, die von einem deutschen Panzer überrollt wurde.

Wir übergaben eine Spende von 200 Euro.

Antifaschistische Versammlung der Erinnerung in Tavros

Freitagabend
28. September 2018
in Athen

Am Freitag besuchten wir das Gemeindezentrum in Tavros, in dem der Verband der Arbeiter*- und Bürger*innen von Tavros und die offene Versammlung von Koukaki, Petralona und Thiseio eine Veranstaltung zum Gedenken an die Hinrichtung von elf Bürger*innen während der Nazi-Besetzung in Griechenland organisierten. Die Redner gaben einen kurzen Überblick über die historischen Fakten und betonten die wachsenden Auswirkungen des Faschismus heute und wie wir ihm entgegenwirken können, indem wir aus den Erfahrungen der Vergangenheit und der Art und Weise lernen, wie die damaligen Bürger*innen mit der Situation umgegangen sind. Es wurde auch ein Dokumentarfilm mit einheimischen alten Männern und Frauen gezeigt, die die Blockaden und Hinrichtungen als Kinder zum Zeitpunkt der Besetzung miterlebt hatten.

Am 4. August 1944 beschlossen die deutschen Eroberer zusammen mit den lokalen Kollaborateuren, den Widerstand der Region zu brechen. In der Nacht blockierten sie den Bezirk Tavros, einen Stadtteil in Athen, zogen ca. 300 Männer im Alter von 15-65 Jahren gewaltsam aus ihren Häusern und versammelten sie mit Hilfe eines einheimischen Verräters mit Kapuze, der 13 Personen (die meisten davon Roma) auswählte, die angeblich in den Widerstandsorganisationen EAM und ELAS organisiert waren. Sie brachten sie zum Schlachthof von Chamosternas, stellten sie in das Licht der Scheinwerfer ihrer Autos und richteten sie hin. Zwei von dreizehn schafften es zu entkommen.

Die Redner im Gemeindehaus verwiesen auch auf die Blockade des Stadtteils Kallithea, die am 28. August 1944 folgte. Mit ihrer üblichen Taktik umzingelten die Deutschen von den frühen Morgenstunden an das ganze Viertel und versammelten mit Hilfe der griechischen Kollaborateure alle Männer und Jugendlichen ab 15 Jahren. Diejenigen, die sich versteckt hatten und dennoch aufgegriffen wurden, richtete man auf der Stelle hin. Insgesamt wurden 30 Menschen ermordet.

Die Niederlage der deutschen Armee an der Front des Krieges und der wachsende Aufstieg der Widerstandsbewegung hatten die Nazis wütend gemacht und sie versuchten, sich durch Blockaden und massive Hinrichtungsaktionen zu rächen. Griechische Streitkräfte (Sicherheitsbataillone) unter deutschem Kommando waren bei diesen blutigen Aktionen maßgebend beteiligt. Sie wollten, wenn möglich, EAM und KKE beseitigen, um nach dem Tag des Rückzugs der Deutschen die Macht zu erlangen. Diese Kollaborateure sind zusammen mit den Sicherheitsbataillonen die Vorfahren der Goldenen Morgenröte. Die Redner stellten fest, dass wir die Zunahme des Faschismus nicht unterschätzen dürfen, sondern dass er als eines der vorherrschenden Themen des Klassenkampfes hervorgehoben werden muss. Man müsse gegen faschistische Banden kämpfen, am Arbeitsplatz, in den Gewerkschaften, Nachbarschaften, Elternvereinen, Bürger- und Einwohnerprotesten und auch gegen „selbstorganisierte“ Gruppen, die gegen Migrant_innen gerichtet sind. Ein Redner betonte: „Um den Faschismus zu bekämpfen, bedarf es aber auch des Kampfes gegen das System, das ihn hervorbringt, sowie gegen Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. (...) Die Lösung ist nicht die Versöhnung der griechischen Arbeiter_innen mit den Bossen im Namen der nationalen Einheit oder, wie die Goldene Morgenröte uns sagt, die Verdrängung der pakistanischen Arbeiter_innen von den Tankstellen, an denen sie arbeiten, um die Griechen an ihren Platz zu bringen. Die ‚Goldene Morgenröte‘ schafft ‚Arbeitsagenturen‘ und bietet Arbeitsplätze für Sicherheitspersonal, Schiffbauer und andere, nachdem sie mit Arbeitgebern Verträge für verschlechterte Arbeitsbedingungen ausgemacht haben. Die Lösung liegt in dem beispiellosen Kampf gegen die Bosse.“

Tavros ist seit 1922 eine ehemalige Flüchtlingssiedlung und ein Arbeiterviertel. Die Nachbarschaft hat es im Laufe der Jahrzehnte geschafft, in Solidarität während des Wider-

stands gegen die Besatzung, im Bürgerkrieg und in den Jahren der Diktatur zu überleben. Die Schaffung von Solidaritätsbindungen und gemeinsamen Kämpfen scheint die einzige Bedingung zu sein, damit der Faschismus nicht wieder entwickelt werden kann. Während der Diskussion sprachen wir auch über die Art und Weise, wie in Deutschland mit dem Andenken an die Besatzung Griechenlands umgegangen wird, und über die Notwendigkeit, dass die Kriegsschädigungen an Griechenland gezahlt werden.

Ein Genosse wies auf die Wurzeln des Wortes „αλήθεια“ (Wahrheit) hin, das das Wort „λήθη“ (Vergessenheit) enthält, und darauf, dass die vorherrschende historische Erzählung über den griechischen Bürgerkrieg den Beitrag der EAM zum Widerstand nicht anerkennt, sondern auf die deutsche Besatzung – und all die damit verbundenen blutigen Blockaden wie die von Chamosternas – aufbaut.

Anna



9000 Juden wurden auf der „Plateia Eleftherias“ zusammengetrieben und unter der heißen Sonne unbeschreiblichen Demütigungen ausgesetzt

Die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung von Thessaloniki

Kostas Koutroumbakis, ein Philologe und Schriftsteller, geboren und aufgewachsen in Thessaloniki, gab uns auf der Plateia Eleftherias einen historischen Einblick in die Geschehnisse dort unter der deutschen Besatzung. Am 11. Juli 1942 wurden alle jüdischen Männer im Alter von 18 bis 45 Jahren von den deutschen Behörden angewiesen, sich am Freiheitsplatz (Plateia Eleftherias) in Thessaloniki zu melden. Seit 8:00 Uhr morgens versammelten sich dort 9.000 Juden, um ihre Namen zu nennen, nachdem sie unter der heißen Sonne unbeschreiblichen Demütigungen ausgesetzt waren, während deutsche Offiziere mit ihren Freundinnen zusahen, Spaß hatten und Fotos vom Hotel an der Nordseite des Platzes machten. Das Ziel war es, sie zu erfassen und im ganzen Land zur Zwangsarbeit einzusetzen. Um sie von dieser befreien zu können, musste die jüdische Gemeinde die riesige Summe von 2,5 Milliarden Drachmen bezahlen sowie den jüdischen Friedhof an die Stadt übertragen.

Dienstagvormittag
2 Oktober 2018
in Thessaloniki

Thessaloniki hatte seit dem 2. Jahrhundert v. Chr. eine jüdische Bevölkerung, die nach 1492, als 20.000 Sephardim nach ihrer Vertreibung aus Spanien in die Stadt kamen, rapide anstieg. Im Jahr 1913 leben 61.439 jüdische Bewohner_innen bei einer Gesamtbevölkerung von 157.889 in Thessaloniki. Als die Achsenmächte in die Stadt eindringen, verboten sie den Juden am 9. April 1941 den Zugang zu Geschäften und veröffentlichten eine Zeitung namens „Neues Europa“, die u.a. Propaganda gegen sie verbreitete. Im Dezember 1942 zerstörte die Stadt mit Unterstützung des Nazi-Kommandos den jüdischen Friedhof im Osten der Stadt, wo anschließend die Aristoteles-Universität gegründet wurde. Die Plateia Eleftherias wurde später zu einem öffentlichen Parkplatz (und soll nun zu einer Grünanlage umgebaut werden).

70 Jahre später wurde ein Denkmal des jüdischen Holocaust auf dem südlichen Teil des Platzes, gegenüber dem Meer, errichtet. Im Juli 2018 wurde das Denkmal des jüdischen Friedhofs auf dem Universitätsgelände angegriffen. Im Dezember 2018, während eines Protestes gegen die mazedonische Namensvereinbarung, wurde das Denkmal an der Plateia Eleftherias beschädigt. Es ist das zweite Mal innerhalb weniger Monate, dass das Holocaust-Mahnmal zum Ziel von Faschisten und Neonazis wird, die im Namen des Patriotismus antisemitische und rassistische Angriffe und Vandalismen verüben. Im Januar 2018 wurde der Grundstein für das Holocaust-Museum in Thessaloniki gelegt. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich im Jahr 2020 abgeschlossen sein. Es befindet sich am alten Güterbahnhof im Hafen, von wo aus die Züge abfahren, die die jüdische Bevölkerung von März 1943 an nach Auschwitz-Birkenau brachten. 46.091 jüdische Menschen aus Thessaloniki wurden in Konzentrationslager geschickt und nur 1950 kehrten zurück. In vielen Fällen fanden sie ihre Immobilien beschlagnahmt vom Staat, nach den Gesetzen, die während der Besatzungszeit erlassen wurden. Max Merten, der Befehlshaber von Saloniki-Ägäis während der Besatzung, war hauptverantwortlich für die Enteignungen der jüdischen Bevölkerung. Nach einem Gesetz der griechischen Kollaborationsregierung wurde die Zentralstelle für die Verwahrung des jüdischen Eigentums (Υπηρεσία Διαχείρισης Ισραηλιτικών Περιουσιών) gegründet und viele Kollaborateure bereicherten sich.



Im Juli 2018 wurde das Denkmal des jüdischen Friedhofs auf dem Universitätsgelände angegriffen und mit nazistischen Symbolen beschmiert

Von den 77.377 jüdischen Menschen, die in ganz Griechenland lebten, überlebten nur 10.226, dank der Hilfe vieler Menschen, der Kirche und einiger Behörden, die falsche Papiere ausstellten. Am 21. November 2003 erklärte die griechische Regierung den 27. Januar zum Gedenktag der griechischen Juden. 2010 wurde auch in Athen ein Holocaust-Mahnmal errichtet. Yannis Boutaris, der Bürgermeister von Thessaloniki, sagte anlässlich der Grundsteinlegung für das Holocaust-Museum: „Die Gemeinde Thessaloniki ist sich zunehmend des Gewichts der Geschichte bewusst geworden, das die Stadt zu bewältigen hat.

(...) Die Gemeinde beabsichtigt, die Stille in einen Diskurs zu verwandeln, einen palliativen wie auch mutigen Diskurs. (...) Wir wünschen uns, dass die Neuschaffung der Plateia Eleftherias und das Museum zu einem neuen Gedächtnispfad in der Stadt werden. Dieser Platz ist ein schwieriger Ort. Es erinnert uns daran, dass der Holocaust in Thessaloniki das schwierigste Bindeglied in einer langen Kette von Gewalt und Vernichtung ist.“

Anna



Solidarität mit und Selbstorganisation von Geflüchteten

Ein Gespräch im City Plaza – dem besten Hotel Europas

Während im Frühjahr 2016 die sogenannte "Balkanroute" für alle Menschen auf der Flucht geschlossen wurde, entstand die Idee einer Besetzung des City Plaza Hotels in Athen als Beispiel für den offenen Widerstand gegen die unmenschlichen Bedingungen in den Lagern.

Am 22. April 2016 besetzten 250 Aktivist*innen und geflüchtete Menschen das seit Ende 2009 leer stehende Hotel. Das City Plaza sollte ein Ort des Kampfes für ein menschenwürdiges, gemeinschaftliches Leben und gegen Exklusion, Rassismus und Repression, die illegalen Push-Back-Aktionen der griechischen Regierung und die furchtbaren Umstände auf den östlichen ägäischen Inseln werden. Die Besetzung war auch eine Antwort auf den EU-Türkei-Deal und die militärische Abriegelung der Balkanroute und sollte Alternativen zu den miserablen, unhygienischen und grausamen Bedingungen der Lager, Hot-Spots und Abschiebeknästen aufzeigen. Zeitgleich mit dem City Plaza wurden zwei, drei weitere Häuser besetzt. Zurzeit existieren 16 bis 18 solcher „Squats“, die von insgesamt 2000 Menschen mit Fluchterfahrung bewohnt werden. Einige von diesen gibt es bereits länger als das City Plaza.

Die Besetzung des City Plaza war von vier politischen Gruppen geplant worden. Eine der Gruppen, eine anarcho-syndikalistische, verließ das Bündnis jedoch nach vier Monaten, weil ihr der politische Kampf innerhalb der Organisation zu kurz kam. Als Motto des City Plaza gilt: "Zusammen leben, arbeiten und kämpfen." In Bezug auf das Kämpfen bleibt die Rea-

Freitagmittag
28 September 2018
in Athen

lität jedoch hinter dem Anspruch zurück. Viele der Bewohner*innen bleiben für sich, leben zurückgezogen und nehmen eher nicht an Demonstrationen teil.

Die frühere Eigentümerin hat zwar einen Gerichtsbeschluss erwirkt, demzufolge das Hotel geräumt werden muss, aber eine Räumung erfolgte nicht. Seit einem Jahr hält sich jene nun gegenüber dem City Plaza zurück. Es wird vermutet, dass sie sich mit der Regierung auf eine Entschädigung nach dem Ende der Besetzung geeinigt hat. Nichtsdestotrotz hat sie Anzeige wegen der Unterlassung der gerichtlich beschlossenen Räumung erstattet.

Die Stromversorgung wurde anfangs über eine seit 25 Jahren besetzte ehemalige Schule organisiert. Bis 2017 wurde aus diesem Grund mit Strom geheizt. Als die Schule geräumt wurde, musste in Verhandlungen über die Stromversorgung getreten werden. Nach einer Erstanschlussgebühr von 8.000€ wurden keine weitere Rechnungen zugestellt. Außerdem stellten die Besetzer*innen fest, dass das Wasser nicht abgestellt worden war. Die Aktivist*innen vermuten, dass für Strom und Wasser die Regierung die Kosten trägt.

Das tägliche Zusammenleben wird seit Beginn gemeinsam von allen Bewohner*innen – also den Menschen mit Fluchterfahrung, den Solidarians⁷ und den griechischen Unterstützer*innen – durch eine Vollversammlung organisiert. Zusätzlich treffen sich die Solidarians in einer weiteren Versammlung. Anders als in regulären Lagern gibt es im City Plaza gutes Essen, saubere Räumlichkeiten, Sprachkurse, eine Bibliothek, eine*n Friseur*in und Zugang zu medizinischer Versorgung sowie rechtliche Unterstützung – alles auf der Basis von freiwilliger, unbezahlter Arbeit und Spenden. Von Beginn an gab es keine offizielle staatliche Unterstützung. Dies zeigt, dass es auch in Zeiten wirtschaftlicher Krisen und vielfältiger Notlagen möglich ist, Menschen mit offenen Armen willkommen zu heißen und ihnen ein Leben unter würdevollen Umständen zu ermöglichen.

In der ersten Vollversammlung wurde über die Grundprinzipien des City Plaza entschieden. Zu diesen gehören fünf Stunden Gemeinschaftsarbeit, welche jede*r Bewohner*in in der Küche oder im Reinigungsbereich verrichtet.

Die zweite Hausregel besteht in einem Verbot von Drogen- und Alkoholkonsum innerhalb des Hotels. Die dritte Grundregel beinhaltet das Verbot von Gewalt, insbesondere von häuslicher Gewalt. Wenn mal jemand das City Plaza verlassen musste, dann aus diesem Grunde.

Bereits vor der Besetzung entschieden die beteiligten Gruppen auf der Basis früherer Erfahrungen, dass die Zimmerbelegung durch die „Solidarians“ vorgenommen wird. Damit sollte Konflikten vorgebeugt werden, die sich aus der ethnischen Zusammensetzung der Geflüchteten ergeben könnten.

Von Beginn an finanzierte sich das Projekt allein durch Geld- und Sachspenden. Um Einmischung und Abhängigkeiten zu vermeiden, wurde bewusst auf die Unterstützung durch NGOs und Regierungen verzichtet. Immer wieder sah sich das Projekt mit großen finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert, obwohl die internationalen Fundraising-Kampagnen im ersten Projektjahr sehr erfolgreich verliefen.

Auch über die Verwendung der Finanzen wird in der Vollversammlung der Bewohner*innen entschieden. Der größte Teil wird für Nahrungsmittel und Heizkosten, aber auch für Schul- und Lernmaterial, Babyprodukte, Kleidung sowie Hygieneprodukte, Arznei- und Reinigungsmittel verwendet. Trotz dieser Angebote sind die Unterhaltskosten gegenüber denen eines offiziellen Lagers um 1/5 niedriger.

Seit der Besetzung hat das City Plaza über 2.500 Menschen, von denen 1/3 Kinder und Kleinstkinder waren, ein kostenloses und würdevolles Zuhause geboten. In den 120 Räumen können zeitgleich 350 bis 400 Menschen leben.

7 internationale Unterstützer*innen



Küchenarbeit

Anfangs konnte dreimal wöchentlich eine ärztliche Sprechstunde organisiert werden. Aktuell kommen zweimal in der Woche solidarische Ärzt*innen in das City Plaza. Zwar haben auch Menschen im Asylverfahren Anrecht auf Gesundheitsversorgung, aber Krankenhäuser nehmen sie teilweise nicht auf. Die Besetzer*innen haben sich daher aktiv an solidarische Krankenhäuser gewandt, um vor allem für Entbindungen eine Zusammenarbeit zu erreichen. Des Weiteren befindet sich eine sehr gut ausgestattete und unterstützende Apotheke in der Nähe.

Bis Juni 2018 gab es zweimal am Tag warmes Essen sowie Frühstück. Weil die Essgewohnheiten und -zeiten der Bewohner*innen jedoch sehr unterschiedlich sind und die finanziellen Mittel knapp wurden, gibt es nun ein spätes Frühstück und Abendessen.

Die gesamten Unterhaltskosten des City Plaza betragen monatlich 8.000 € in Sommer und 12.000 € im Winter. In den offiziellen Lagern erhalten Bewohner*innen 90€ pro Person, im City Plaza hingegen gibt es keine finanzielle Unterstützung, jedoch Solidarität, Privatsphäre, Sicherheit und ein Leben in Würde.

Aktuell sind 2/3 der jungen Bewohner*innen Grundschul Kinder. Die Familien sprachen sich von Anfang an für die Beschulung aus und bereits ab September 2016 gingen 54 Kinder zur Schule. Diese waren und sind jedoch für die Unterstützung und Förderung der Kinder nicht ausgestattet. Aus diesem Grund verloren einige Kinder die Motivation. Aktuell besuchen noch 40 Kinder die Schule. Andere Eltern entschieden sich von Anfang an gegen den Schulbesuch, weil sie in andere EU-Länder weiterreisen wollen, in denen sie bessere Chancen sahen oder Verwandte und Bekannte haben.

Im Vorfeld der Besetzung verständigten sich die Besetzer*innen mit migrantischen Communities, um den Erstbezug zu organisieren. Zu Beginn wurden nur Menschen mit besonderem Schutzbedarf aufgenommen, wie Schwangere, unbegleitete Minderjährige, ältere Menschen und alleinreisende Frauen* mit Kindern. Einige Stunden nach der Besetzung waren bereits 100 Menschen eingezogen; nach einer Woche war das Hotel voll belegt.

Später wurden auch alleinstehende Männer aufgenommen, jedoch hatten besonders Schutzbedürftige stets Vorrang. Anfangs beschränkte sich die Aufnahme auf Menschen, die aus Syrien, Irak, Afghanistan, Iran und Pakistan kamen. Aus diesem Grund wurden für die

Sprachen Arabisch, Farsi und Englisch ständig Übersetzer*innen bereitgehalten. Später wurde das City Plaza für alle Schutzsuchenden mit Fluchthintergrund geöffnet. Aktuell bewohnen Menschen aus 12 oder 13 Ländern das Hotel.

Von den Bewohner*innen aus der Anfangszeit leben nur noch sehr wenige bis jetzt im City Plaza. Viele sind durch Relocation-Programme, Familienzusammenführung und selbst organisierte Migration in andere europäische Länder gelangt. Während im letzten Sommer noch 300 Menschen im Hotel lebten, sind es jetzt noch 210. Allerdings ist unklar, wie sich die Vereinbarungen zwischen Seehofer und der griechischen Regierung auswirken. Diese ermöglichen es, dass auf den griechischen Inseln erstmals registrierte Menschen innerhalb von 24 Stunden aus Deutschland abgeschoben werden können.

Obleich während und nach dem Asylverfahren eine Arbeitserlaubnis vorliegt, ist es nahezu unmöglich eine reguläre, versicherungspflichtige Lohnarbeit für die Bewohner*innen zu finden. Mit etwas Glück findet sich ein Job als Dolmetscher*in bei einer NGO oder ein schlecht bezahlter Hilfsjob zu miserablen Konditionen.

Nun steht die Schließung des City Plaza jedoch in absehbarer Zeit bevor. Dies hat unterschiedliche Gründe: Im Hotel leben und arbeiten seit Beginn stets ca. 25 Solidarians. Der größte Teil der griechischen Unterstützer*innen steht jedoch immer wieder kurz vor dem Burn-Out. Mit der Zeit wurde die Suche nach neuen Unterstützer*innen immer schwieriger. Dann haben sich auch die Lebensbedingungen in einigen der offiziellen Lager verbessert. Die Container-Lager sind nun mit Klimaanlage, ausreichend sanitären Einrichtungen und besserem Essen ausgestattet. Das trifft jedoch nicht auf Lager wie Moria auf Lesbos zu, wo die Situation weiter katastrophal ist.

Diese Gründe führten zu der Entscheidung, das City Plaza als Projekt in seiner jetzigen Form zu schließen. Es wird jedoch keine*r der Bewohner*innen auf die Straße gesetzt. Stattdessen wird versucht, anderweitige Unterkünfte und Wohnungen zu finden. Die Aktivist*innen des City Plaza hatten versucht die Bewohner*innen in UNHCR-Wohnungen unterzubringen. Dies wurde jedoch mit den Worten, dass diese gut im Hotel aufgehoben seien, abgelehnt. In Griechenland erhalten Menschen, die als Geflüchtete anerkannt werden, keine staatliche Unterstützung außer dem geringen Mietzuschuss, auf den Menschen mit geringen wirtschaftlichen Mitteln Anspruch haben.

Fest steht, dass die Hotelschlüssel der Konkursverwaltung übergeben werden, um das Projekt offiziell zu beenden und die Verantwortung abzugeben. Das City Plaza soll weiterhin als positives Beispiel bestehen, es wurde als Erfolg begonnen und soll als solcher enden. Was jedoch nach der offiziellen Übergabe passiert bzw. passieren kann, liegt dann in den Händen anderer Menschen. Von Beginn an war es das Ziel der Besetzer*innen ein Beispiel zu geben, dass es solidarische, kollektive und menschenwürdige Alternativen zu den Lagern der Regierung gibt.

So wird das City Plaza vielen Menschen als das beste Hotel in Europa in Erinnerung bleiben: *„No pool, no minibar, no room service, and nonetheless: The Best Hotel in Europe“*.

Wir übergaben 200€ Spende.

Angela

Nachtrag, April 2019: Bis heute konnten die Besetzer*innen des City Plaza keine Ersatzunterkünfte für die Geflüchteten finden. Das Versprechen, niemanden auf die Straße zu setzen, wird eingehalten. Das Hotel wird also weiter in der bisherigen Form betrieben.



Besuch im kurdischen Flüchtlingscamp

Am Samstag fahren wir in eine kleine Stadt in der Nähe Athens, Lavrio, um dort ein Lager zu besuchen, in dem kurdische Geflüchtete leben. Unser griechischer Begleiter vom St. Pauli Fanclub Athen-Exarchia erzählt uns dessen Geschichte: Die Flüchtlinge leben in einem sehr alten Gebäude, das 1948 errichtet wurde. Damals kamen Flüchtlinge aus dem Ostblock, um 1980 / 1990 dann aus der Türkei, hauptsächlich politisch verfolgte junge Männer. Mit dem Krieg in Syrien gelangten Kurd*innen aus den kurdischen Gebieten in Syrien, Türkei, Irak und Iran in das Camp. In der Zeit der großen Flüchtlingsbewegungen 2015, vor der Schließung der Balkanroute, gingen viele weiter nach Europa. Bis Juni 2008 gab es 320 Bewohner*innen, mit der türkischen Besetzung Afrins stieg ihre Zahl, mittlerweile sind es 450. Davon wohnen 300 im alten Gebäude und 150 in einem Lager mit Containern in der Nähe.

Im Juni 2017 wollte die Regierung die Campbewohner*innen zwingen, den Ort zu räumen. Aber ihr starker Zusammenhalt untereinander trug dazu bei, dass dies verhindert wurde. Die Bürger*innen der kleinen Stadt verhielten sich trotz ihrer eigenen Nöte immer solidarisch. Nur der Bürgermeister möchte das Camp schließen.

Bei unserer Ankunft dort sehen wir ein sehr altes, zweistöckiges Gebäude. In der Mitte gibt es einen großen Hof, an einer Seite zwei wackelige Bänke. Der 1. Stock hat einen umlaufenden, dunklen Balkon, dahinter die Wohnungen der Geflüchteten. Alles wirkt ziemlich heruntergekommen, als wäre seit 1948 nicht viel gemacht worden, aber es ist aufgeräumt und sauber. Die bunten kurdischen Symbole hellen die Tristesse etwas auf. Der griechische Staat scheint wenig Interesse daran zu haben, es den Bewohnern etwas angenehmer zu machen. Aber hier wohnen Menschen, die gut organisiert sind und für sich sorgen. Auf dem Weg zum Eingang spielen kleine Kinder in einer Art Plastikboot, andere laufen mit großem Vergnügen durch den strömenden Regen über den Hof.

Wir sind eingeladen zu einem Gespräch in einem großen Raum, der als Bibliothek und Teestube dient. Ein älterer Kurde, der schon länger hier lebt, übersetzt vom Kurdischen ins Griechische.

Sonnabend
29 September 2018
in Lavrio

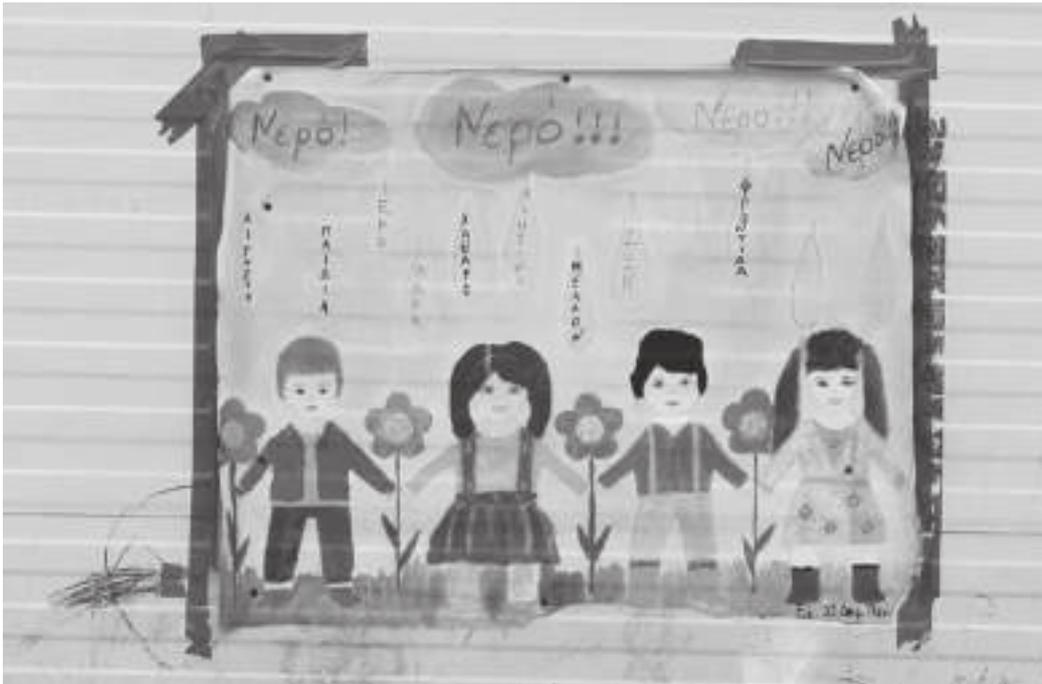
Wir erfahren, dass alle, die hier leben, kurdisch sprechen. Die meisten kommen aus der Türkei und aus Rojava in Syrien. Vor kurzem kamen 80 Menschen aus dem Iran und dem Irak, darunter vier Familien. Alle haben einen Asylantrag gestellt. Zwei bis drei Jahre dauert es, bis der Bescheid kommt. Die meisten, deren Antrag bisher genehmigt wurde, wollen nach Nordeuropa. Sie gehen auf schwierigen, illegalen Wegen und manche kommen um. Aber einige bleiben auch hier. Es gibt einige Mütter mit ihren Kindern, deren Männer anderswo in Europa leben. Sie haben einen Antrag auf Familienzusammenführung gestellt und müssen zwei bis drei Jahre auf die Genehmigung warten.

Bis 2017 gab es auch afghanische Flüchtlinge, bis sie in makedonische Lager kamen. Die Beziehungen mit ihnen waren gut. 46 der Kinder sind jetzt im Schulalter, aber nur fünf bekommen Unterricht in einer griechischen Schule. Für die übrigen wurde ein Schulraum eingerichtet, in dem kurdische Lehrer Englisch und Kurdisch unterrichten. Das alltägliche Leben wird von einem rotierenden Koordinationsgremium organisiert. Die solidarischen Gruppen unterstützen das Camp mit Lebensmitteln. Im Sommer kam viel Mehl, so konnten viele Fladenbrote gebacken werden. Jede Familie kocht für sich selber. Der St. Pauli-Fanclub von Athen betreut das Lager regelmäßig und bringt Dinge für den täglichen Bedarf. Der Club konnte sogar Herdplatten und Kühlschränke für jede Wohnung heranschaffen. Der Staat hat sich aus der Verwaltung und Organisation des Lagers herausgezogen, Strom und Wasser laufen aber weiter. Schwierig ist die Versorgung der Menschen mit Medikamenten. Manche dringend benötigte Medikamente sind nicht zu bekommen, denn es gibt hier im Unterschied zu Athen keine Sozialklinik. Die gesamte gesundheitliche Versorgung ist schwierig. Die Leute haben keine Gesundheitskarte wie die Griechen und können deshalb die öffentlichen Krankenhäuser nicht aufsuchen. Ab und zu, in unregelmäßigen Abständen, kommen Ärztegruppen aus Spanien und Deutschland.

Die Beziehungen zur griechischen Bevölkerung werden als gut dargestellt. Nur der Bürgermeister der Stadt will die Flüchtlinge loswerden. So macht er ihnen das Leben so schwer, wie er nur kann. Das sehen wir, als wir das Containerlager besuchen. Der Platz ist umgeben von Müllhaufen ringsherum. Der Bürgermeister hat dafür gesorgt, dass gleich neben dem Camp ein Platz für Sperrmüll und Gerümpel ist. Es gibt eine alte Lagerhalle, die im Sommer für Schatten sorgen könnte, aber das hat der Bürgermeister nicht erlaubt.



Mit einer Sperrmüllhalde will der Bürgermeister von Lavros die Geflüchteten vertreiben.



Kinderzeichnungen auf den Wohncontainern

Im alten Gebäude erwartet uns ein schön gedeckter Tisch. Was für eine Gastfreundschaft! Es gibt viel Reis mit Fleisch, Bohnen und Tomaten zum Sattessen. Interessant finde ich die Gespräche mit einzelnen Menschen während unseres Rundgangs. S., ein junger Mann, der seit 14 Tagen im Lager ist, kam über den Evros, den Grenzfluss zwischen der Türkei und Griechenland. N., unser Übersetzer, hat einen Bruder in Hamburg. Er konnte zwei Jahre in Deutschland leben, dann hat ihn die Polizei nach Griechenland abgeschoben. Sein Asylantrag wurde genehmigt, er wollte aber hier bleiben. Er lebt jetzt in der Stadt und lebt davon Gasflaschen auszutragen. So konnte er auch Griechisch lernen. Ein anderer Mann erzählt uns, dass sein Bruder bei Kämpfen in den Bergen erschossen wurde. Er selber war vier Jahre im Gefängnis. Schwierig sei es für ihn, seinen Tag zu gestalten, Langeweile quält ihn. So versucht er, ein wenig Struktur in sein Leben zu bringen. Morgens läuft er, danach kommt das Frühstück, dann liest und lernt er. Dieses Problem werden sicher viele haben, denke ich.

Die Menschen hier konnten ihre Würde bewahren. Zur Würde des Menschen gehört, dass man etwas geben kann. Wir bekamen nicht nur ein reichliches Essen, einige Einblicke in das Leben, sondern auch etwas von der wunderschönen Erzähltradition der Kurden. Nach dem Essen erzählt man dem Gast eine Geschichte, so dass nicht nur sein Bauch, sondern auch sein Geist genährt wird.

Von einem jungen Mann hören wir eine Geschichte von Gilgamesch: Gilgamesch hatte einen guten Freund. Die Götter machten ihn krank, so starb er. Gilgamesch hatte eine solche Sehnsucht nach seinem Freund, dass er sieben Jahre lang einen Weg in die Unterwelt suchte. Er kam zum Toten Meer, fand dort einen Bootsmann, der ins Totenreich führte. Es erschien eine Taube mit einer Waage. Auf der einen Waagschale war ein Herz, auf der anderen eine Feder. Wenn das Herz schwerer war als die Feder, konnte es nicht zum heiligen Hades kommen. Der junge Mann wünschte uns allen ein leichtes Herz.

Wir übergaben 500 Euro an Spendengeldern, die für Speiseöl ausgegeben werden sollen.

Angela



Kampf der Umweltzerstörung

Text auf dem griechischen Transparent (links): „Der deutsche Staat und die RWE morden. Keine Toleranz für den Abbau. Gegen die Räumungen. Solidarität mit Hambi.“

Soli-Aktion vor der deutschen Botschaft für den Erhalt des Hambacher Forstes

Freitagvormittag
28 September 2018
in Athen

Bereits am Dienstagabend hatte ein Teil unserer Gruppe eine Veranstaltung im Polytechnikum besucht, wo über den Kampf zur Erhaltung des Hambacher Forstes gegen die Pläne des Braunkohlkonzerns RWE, das Gelände abzubauen, berichtet wurde. Dort war für Freitag auch zu einer Protestkundgebung vor der deutschen Botschaft aufgerufen worden.

So wurde am Vorabend schnell ein Transparent gemalt und unsere gesamte Gruppe fand sich am Freitagmorgen vor der schwer bewachten deutschen Botschaft ein. Stürmischer Wind und Regen begrüßten uns dort. Nach einer knappen Stunde trafen wir auf die Gruppe, die die Kundgebung organisiert hatte. Griechische Flugblätter und unsere Parolen erreichten wegen des Mistwetter nur wenige Passanten. Unserer Stimmung tat das keinen Abbruch:

Save Skouries! Hambi bleibt! – one struggle one fight

The Struggle of Skouries

Montagsmorgen
1. Oktober 2018
in Thessaloniki

Uns standen nur drei Tage für den Besuch in Thessaloniki zur Verfügung. Nach Skouries zu fahren und das Komitee gegen Goldbergbau zu treffen war daher nur eine Option. Beim ersten Frühstück in Thessaloniki überraschte uns dann die Nachricht, dass an diesem Montag der wichtigste Gerichtsprozess gegen 40 Aktivist*innen gegen Goldbergbau beginnen sollte.

Damit war unser Vormittagsprogramm für den Tag festgelegt. Die breiten Stufen, die zum Gerichtsgebäude hochführen, waren belagert von Demonstrant*innen. Transparente, die zur Solidarität mit den Angeklagten aufrufen, waren aufgehängt. Auch Aktionsgruppen gegen andere umweltzerstörende Projekte waren vertreten. In Gesprächen erfuhren wir davon, dass „Eldorado Gold“ bei der Mine Olympiadas ein noch viel größeres Waldgebiet für den Tagebau zerstören will.

Es gibt auch Bürgerinitiativen, die sich gegen die rücksichtslose Landschaftszerstörung durch Windkraftanlagen wehren. Es sind vor allem französische Energiekonzerne, die sich dafür große Gebiete unter den Nagel reißen. Für eine Debatte über die Notwendigkeit von regenerativer Energieerzeugung war dies jedoch nicht der richtige Ort.

Unter den zahlreichen Aktivist*innen treffen wir schnell alte Bekannte, so eine Journalistin aus dem Umfeld der Soliklinik. Auf den Fluren vor dem überfüllten Gerichtssaal treffen wir die Gewerkschafter*innen aus der selbstorganisierten Fabrik Vio.Me. Makis und Dimitris begrüßen uns als alte Bekannte ausgesprochen herzlich. Sie freuen sich über die Solidarität. Eine Ärztin, die im Arbeitergesundheitszentrum der besetzten Fabrik Vio.Me mitmacht, übersetzt für uns. Wir verabreden uns zu einem Besuch auf dem Werksgelände am nächsten Tag.

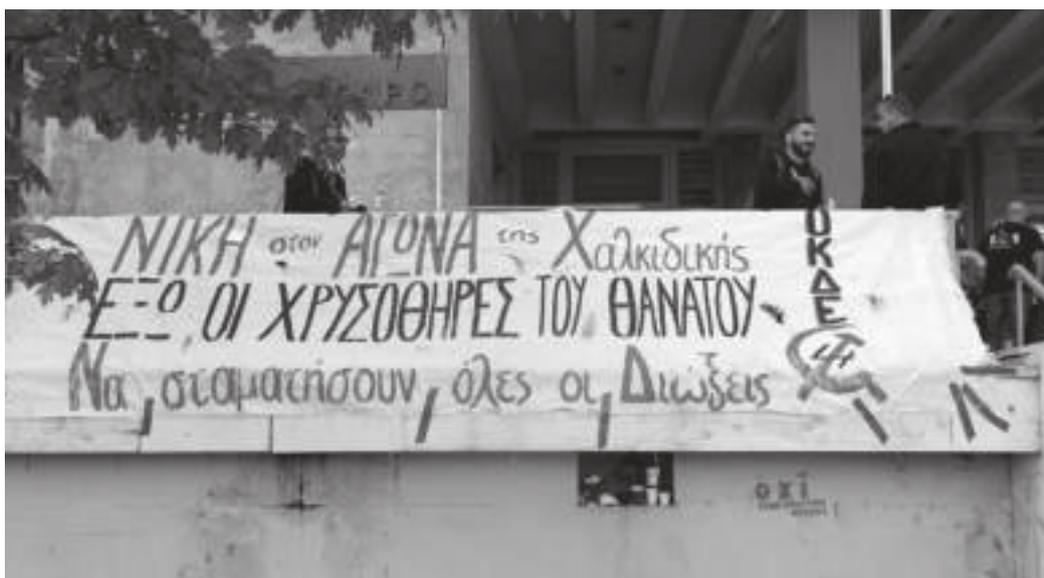
Zurück auf der Straße treffen wir die Genoss*innen vom Kampfkomitee Megali Panagia. Erst vor wenigen Tagen waren einige von ihnen bei uns zu Besuch in Berlin zur Aufführung des Films „Eldorado – der Kampf von Skouries“. Auch hier die sehr herzliche Begrüßung. Im Café diskutieren wir die aktuelle Lage und die Bedeutung des Prozesses. Der Anlass dafür, dass der gesamte Widerstand gegen das Goldprojekt kriminalisiert und unter Terrorverdacht gestellt wurde, war ein Brandanschlag auf mehrere Baufahrzeuge auf dem Gelände des Tagebaus. Bei diesem Prozess sind 21 Leute die Hauptbeschuldigten. Indizien, auf die sich die Anklage stützt, sind eine gefundene Baseballmütze und eine Wasserflasche, die über eine DNA-Analyse den Beschuldigten zugeordnet werden. Keiner der Angeklagten bestreitet, bei den Protesten im Wald dabei gewesen zu sein. Der Brandanschlag war für die Staatsmacht der Anlass dafür, ganze Dörfer zu durchsuchen und über 450 DNA-Proben von den Bewohner*innen zu nehmen. Dieser Staatsterror führte zu einem Einbruch in der landesweiten Solidaritätsbewegung. Die Prozesse, die jetzt stattfinden, kosten eine Menge Geld und wir sind froh, dass wir (trotz der zurückgehenden Spendenbereitschaft) aus dem Solikonto einen Beitrag für die Prozesskosten beisteuern können.

Es schmerzte uns, dass wir der Einladung „ins Dorf“ dann doch nicht nachkommen konnten.

Schließlich warteten noch andere Projekte, über die wir Neues erfahren wollten.

PS. Die Prozesse endeten am 30.11.2018 mit Freispruch: Herzlichen Glückwunsch!

Hans



Transparent: „Sieg für den Kampf in Chalkidiki. Raus aus dem tödlichen Goldabbau. Hört mit den Strafverfolgungen auf.“

Besuch bei LAE (Laiki Enotita, dt. Volkseinheit)



Vassia, die wir schon länger kennen, und drei ältere Genossen der Partei empfangen einige von uns in den Räumen der LAE nahe dem Omonia-Platz. Die Partei Laiki Enotita (Volkseinheit) gründete sich im Sommer 2015, kurz nachdem die Syriza-Führung unter Tsipras das Ergebnis der Volksabstimmung gegen das dritte Kürzungspaket der Gläubigerinstitutionen ignoriert und dieses unterschrieben hatte. Der Vorsitzende Panagiotis Lafanzanis war Umwelt- und Energieminister in der Syriza-Regierung von Januar bis Juli 2015. Bis zu seinem Austritt war er stellvertretender Vorsitzender von Syriza und Sprecher der Linken Plattform

darin. Unsere Solireisegruppe hatte sich 2014 zu einem Gespräch mit ihm getroffen und vor zwei Jahren waren wir schon einmal bei der LAE gewesen. Damals war unser Eindruck gewesen, sie wolle Syriza wiederholen, aber ohne wortbrüchig zu werden.

Bei der Septemberwahl 2015 war die LAE knapp an der Dreiprozent-Hürde gescheitert, hat aber einen Abgeordneten im Europaparlament. Aktuell unterstützt LAE u.a. die Bewegung gegen die Zwangsversteigerungen von Wohnungen, deren Besitzer*innen ihre Bankkredite nicht mehr abbezahlen können. In diesem Zusammenhang hat LAE wiederholt zu Demonstrationen mobilisiert. Lafanzanis wurde in diesen Tagen von der Staatsschutzabteilung der Athener Polizeibehörde vorgeladen, ein seit Ende der Militärdiktatur einmaliger Vorgang, dass ein Vorsitzender einer demokratischen Partei aus politischen Gründen polizeilich verfolgt wird. Er hat sich geweigert, der Vorladung zu folgen und wurde darin von bekannten Persönlichkeiten (z. B. Mikis Theodorakis) unterstützt. Inwiefern das polizeiliche Vorgehen mit der Syriza-Regierung abgesprochen oder von ihr gebilligt ist, blieb vorläufig ungeklärt. Klar ist aber, dass sich der Justiz- und Polizeiapparat noch in den Händen der alten, abgewirtschafteten Eliten befindet.

Die Zwangsversteigerungen sind ebenso Teil der Vorgaben durch die Troika wie die neue Kürzungsrunde im Januar 2019, bei der Renten um zwischen fünf und 20% reduziert werden sollen. Außerdem soll der steuerliche Lohnfreibetrag von bisher 8300 € auf 5600 € herabgesetzt werden. Das kann eine steuerliche Mehrbelastung von 600 € bedeuten. Wir fragen, wie sich Griechenland aus dem Griff der Institutionen (EU-Kommission, EZB, IWF) befreien kann, die die brutalen Kürzungsprogramme angeordnet haben und weiter anordnen. Zunächst müsse, wie Stathis das ökonomische Programm der LAE kurz zusammenfasst, Griechenland die Schuldenzahlungen einstellen und einen Schuldenschnitt erzwingen. Es dürfe keine weiteren Privatisierungen von öffentlichem Eigentum geben. Griechenland müsse aus dem Euro aussteigen, eine neue nationale Währung schaffen, die Banken der Regierung unterstellen und längerfristig nationalisieren. Alle Betriebe von strategischer Bedeutung müssten verstaatlicht werden. Mit einer dementsprechenden (und um weitere Forderungen ergänzten) Erklärung ging LAE an die Öffentlichkeit („Declaration of Popular Unity“), um einen Minimalkonsens herzustellen, auf dessen Basis sich die linke Opposition gegen die Regierung vereinigt. Neben positiven Reaktionen kleinerer Gruppen und etlicher Einzelpersonen haben andere sich ablehnend verhalten: ANTARSIA antwortete, man könne sich aktuell nur Absprachen zu konkreten Aktionen vorstellen, und die KKE antwortete gar nicht. Andere kleinere Gruppen hätten positiver reagiert. 140 Einzelpersonen haben bisher unterschrieben. Es sollen konkrete gemeinsame Aktionen durchgeführt werden, aber nicht in einer gemeinsamen Front. Es sieht wieder nach dem altbekannten Problem der Linken aus, zueinander zu finden bzw. überhaupt miteinander ins Gespräch zu

kommen. Es scheint, dass alle linken Parteien eine gemeinsame Front aufbauen, aber selbst immer die Linie vorgeben wollen. Und so kommt es letztendlich doch nicht dazu.

Darüber hinaus hat LAE Beziehungen zur portugiesischen Linken, zu Podemos in Spanien, zu Melenchon in Frankreich und zu Avanti Populo in Italien. Wir fragen sie schließlich zu dem Streit um die Namensgebung für Mazedonien, der in Griechenland heftige Wellen schlägt. Am Tag zuvor hatte ein Referendum dazu stattgefunden, an dem nur 30 statt der erforderlichen 50 Prozent teilgenommen hatten. Sie erzählen, dass die NATO und die EU vorher enorm Druck gemacht hätten, ihre Repräsentanten seien durchs Land gereist, um die Leute zur Wahl zu bewegen. Dass die Leute nicht abgestimmt hätten, sei nicht nur Ergebnis der nationalistischen Parteien, die zum Boykott aufgerufen hätten. Viele seien nicht hingegangen, da sie das Gefühl hätten, sowieso nichts zu sagen zu haben.

Manfred



Kelias

ANNA
MURA

ZKR

VPAK

RUM84
VOOTE

RENO

Mocdo

ROK

bremobile

685

THI

NR
4T
TDT

RINDO IRSH